



Protokoll

**35. Sitzung des Gemeinderates
Montag, 2. September 2013, 19.00 Uhr,
Gemeinderatssaal, Stadthaus**

TRAKTANDEN

- 1 Mitteilungen
- 2 Protokollabnahme
- 3 Motion 578 von Ursula Räuftlin, Balthasar Thalmann und Claudia Bekier betreffend
«Kreditvorlage für ein neues Schulhaus
Krämeracker»
- 4 Postulat 579 von Claudia Bekier, Balthasar Thalmann und Ursula Räuftlin betreffend
«Benötigte Anzahl Schulzimmer im von der PSU geplanten Schulhaus Krämeracker»
- 5 Antwort der Sekundarstufe auf die Motion 572 von Marianne Siegrist, Balthasar
Thalmann, Walter Meier und Werner Hürlimann betreffend «Einheitsgemeinde für Uster»
- 6 Antrag des Stadtrates betreffend Dammstrasse, Gesamtsanierung Werkliegenschaft und
Neue Hauptsammelstelle - Projektierungskredit
(Antrag Nr. 170/2013)
- 7 Antrag der Primarschulpflege betreffend Schulhaus Pünt, Sanierung Haustechnik und
Fassade - Genehmigung Baukredit
(Antrag Nr. 172/2013)

- 8 Antrag des Stadtrates betreffend Gesundheit - Betreutes Wohnen
Altersstrategie der Stadt Uster
(Antrag Nr. 174/2013)
- 9 Antrag der Primarschulpflege betreffend gebundene Tagesschule Uster
(Antrag Nr. 175A/2013)
- 10 Antrag des Stadtrates betreffend Püntareal, Umgestaltung Aussenanlagen – Gesamtprojekt -
Genehmigung der Bauabrechnung
(Antrag Nr. 151/2012)
- 11 Antrag der Sekundarschulpflege betreffend Genehmigung Abrechnung des Kredites von CHF
4'107'529.97 (inkl. MwSt.) für den Bau einer Einfachturnhalle der Schulanlage Freiestrasse,
Uster
(Antrag Nr. 162A/2013)

Präsenz

Vorsitz	Gabriela Seiler, Präsidentin
Protokoll	Catherine Wenzel, Parlamentssekretärin
Anwesend	32 Ratsmitglieder (inkl. Präsidentin)
Stadtrat	Martin Bornhauser, Stadtpräsident Werner Egli, Abteilungsvorsteher Finanzen Thomas Kübler, Abteilungsvorsteher Bau Sabine Wettstein-Studer, Abteilungsvorsteherin Bildung Barbara Thalmann Stammbach, Abteilungsvorsteherin Soziales Hans Streit, Abteilungsvorsteher Sicherheit Esther Rickenbacher, Abteilungsvorsteherin Gesundheit Hansjörg Baumberger, Stadtschreiber
Entschuldigt	Thomas Wüthrich Silvio Foiera Lucia Thaler Raoul Stöckle
Presse	Christian Brüttsch, AvU Eva Künzle, AvU Stefan Hotz, NZZ

Die Präsidentin begrüsst alle Anwesenden.

Es erfolgt der Namensaufruf durch die Parlamentssekretärin.

Änderung Traktandenliste/Tagesordnung

Es wird keine Änderung der Traktandenliste verlangt.

Persönliche Erklärungen:

Markus Wanner

- ***Gemeinderatssitzung vom 2. September 2013 - Persönliche Erklärung Markus Wanner***
- *Was ist los in Uster? Ich überlege mir am Samstagmorgen, was heute in Uster alles läuft. Auf das Internet kann ich an diesem Morgen nicht zugreifen. Dann erinnere ich mich daran, dass ab diesem Sommer ja neue Informationstafeln installiert wurden. Ich nehme also mein Velo, fahre Richtung Greifensee und wende auf der Höhere der Kläranlage und pedale gemütlich wieder Richtung Uster, damit ich die Infotafel lesen kann.*
- *Ich überlege mir, wie viele Fahrzeuge hier vorbeifahren. Ich nehme an, recht viele, und die meisten vermutlich in Uster wohnhaft, denn sonst hätte man die Infotafel vermutlich nicht aufgestellt. Die Infotafel sieht wunderschön aus, total professionell. Das kostet natürlich auch etwas. Und die ersten Reaktionen in den Vereinen zeigen, dass sich nicht jeder Verein pro Anlass eine Tafel für 130 Franken leisten kann. Ich denke dann nur noch, dass heutzutage doch sicher auch eine elektronische Infotafel möglich wäre, die man dann zentral ansteuern könnte und nicht für jeden Anlass eine Tafel drucken muss.*
- *Was mich aber viel mehr stört ist, dass am Einfalltor von Uster, an dem täglich bei weitem die meisten Leute in Uster eintreffen, keine Tafel montiert ist. Ich würde es sehr schätzen, wenn diese ungefähr 4'000 Zugpendler am Bahnhof eine ähnliche Tafel antreffen würden wie die Autofahrer.*

Wolfgang Harder

Publikationsstandards

Es geht wieder einmal um Publikationsstandards. Meine Anfrage zu diesem Thema vom 6.11.13 wurde vom Stadtrat fair beantwortet, dies auch wenn die Stadt seinerzeit die wichtigsten Informationen über die neuen Verordnung nicht publizieren wollte. Damit konnte ich leben, auch wenn ich darüber nicht glücklich war. Warum? Weil der Bürger/die Bürgerin von dieser Art der amtlichen Publikation nach meinem Dafürhalten wenig hat. Aber die Möglichkeit für den Gang ins Stadthaus gibt es ja weiterhin.

Aber es gab ja immerhin auch eine fortschrittliche Antwort auf meine Frage 3 die da lautete:

«Wäre es möglich, amtliche Publikationen mit dem Hinweis auf eine Fundstelle im Internet zu ergänzen (zum Beispiel mittels Angabe des Links)?»

Der SR antwortete am 29.1.13:

Eine Ergänzung der amtlichen Publikation von Gesetzesänderungen mit einem Link ist möglich.

Der Satzungssatz des unter der Beantwortung der Frage 1 angeführten Publikationsbeispiels wird

zukünftig deshalb wie folgt lauten:

Der Beschluss mitsamt neuer „Taxordnung und neuer Taxregelung liegt während der Rekursfrist bei

der Stadtverwaltung Uster, Stadthaus, Sekretariat Abteilung Gesundheit,

**Bahnhofstrasse 17, zur
Einsicht auf. Taxordnung und Taxregelung sind auch unter
www.uster.ch/amtsmitteilungen einsehbar.**

Der Jurist in mir war zufrieden. Aber leider habe ich mich zu früh gefreut. Was lese ich im AVU vom 10. Juli 2013, S. 22:

AKTUALISIERUNG DER VERORDNUNG UBER DEN PLAKATAUSHANG der STADT USTER und Festlegung neuer Gebühren für das Plakatieren auf öffentlichem Grund, Bereich Sicherheit, Anpassungen per 1. August.

Aber dann, sie ahnen es. Mehr als dass die VO geändert wurde, gibt die amtliche Publikation nicht her. Wieder ist man gleich schlau wie vorher. Der Gang ins Stadthaus wäre angesagt. Aber man hofft ja wenigstens im Schlusssatz der Publikation einen Link zu finden. Leider vergebens. Auch im Internet ist nur die alte VO abgedruckt.

Ich sehe: Johannes Gutenberg, Erfinder des modernen Buchdrucks, selig seit [3. Februar 1468](#) hat in der Verwaltung offenbar immer noch mehr Freunde als Mr. Google. Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

W. Harder

1 Mitteilungen

Auf der Redaktion des AvU kommt es zu einigen Veränderungen. So hat sich Frau Dominique von Rohr zu einem Studium im Ausland entschieden. Ihr Platz wurde von Frau Eva Künzle eingenommen.

Der Ratsausflug findet am Samstag, 7. September 2013 statt, dies zur Erinnerung.

Weiter findet seitens der Energie Uster AG eine Information betreffend derer Unternehmensstrategie statt, und zwar am 16. September 2013, vor der RPK-Sitzung

Die kommende Gemeinderatssitzung wird bereits am 23. September 2013 durchgeführt.

2 Protokollabnahme

Das Protokoll der 34. Sitzung des Gemeinderates vom 24. Juni 2013 ist rechtzeitig aufgelegt. Beanstandungen sind keine eingegangen. Das Protokoll gilt im Sinne von Art. 53 Abs. 4 i.V.m. Art. 67 Abs. 4 der Geschäftsordnung als genehmigt.

**3 Motion 578 von Ursula Räuftlin, Balthasar Thalmann und Claudia Bekier
betreffend «Kreditvorlage für ein neues Schulhaus
Krämeracker»**

Für die Motionäre referiert **Ursula Räuftlin**.

*Sehr geehrte Frau Präsidentin,
geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen,
geschätzte Anwesende*

Ein Schulhaus bauen wir in Uster nicht alle Tage. Es lohnt sich, sich etwas mehr Zeit zu lassen, um mit breit abgestützten, aktualisierten und gefestigten Projektgrundlagen einen Neustart zu wagen. Wenn das neue Krämi dann mal gebaut ist, steht es für mindestens 50 Jahre. Und während den ersten 15 bis 20 Jahren sollten wir in Uster kein weiteres Schulhaus mehr bauen oder erweitern müssen.

Bereits im Anschluss an die ominöse Ratssitzung vom 27. Mai fanden zwischen den Fraktionen intensive Gespräche über ein weiteres Vorgehen statt. Voraussetzung für das Wiederaufnehmen des abgebrochenen Prozesses war, dass die Parteien zu Kompromissen bereit sind um einen mehrheitsfähigen Vorschlag zu erarbeiten. In mehreren zeitaufwändigen fraktionsinternen und fraktionsübergreifenden Sitzungen wurde daraufhin auf diesen Kompromiss hingearbeitet, der nun von den drei grössten Fraktionen in diesem Rat getragen wird. Mit der vorliegenden Motion beauftragen die SVP-EDU-Fraktion, die SP-Fraktion und die GLP-EVP-CVP-Fraktion die Primarschule, dem Gemeinderat einen neuen Antrag für die Kreditgenehmigung für den Wettbewerb und das Vorprojekt eines neuen Schulhauses Krämeracker vorzulegen.

Dieser neue Antrag soll sich grundsätzlich an die von der PSU favorisierte Basisvariante des Antrags Nr. 160 vom 16. Januar 2013 halten. Dass die damals von der PSU geforderten 22 Schulzimmer mindestens benötigt werden, scheint aus dem Bauch heraus allen drei Fraktionen plausibel. Der erforderliche Bedarf an Schulraum von Primar- und Sekundarstufe soll aber mit aktualisierten Bevölkerungsdaten und einer bereinigten Schulraumplanung besser und für alle nachvollziehbar dargelegt werden und eine entsprechende Einigung in Zusammenarbeit mit KBK, RPK und Fraktionen erreicht werden.

Für die Gesamtkosten auf Stufe Vorprojekt für das neue Schulhaus Krämeracker haben sich die beteiligten Fraktionen auf einen Rahmen von CHF 35.0 Mio. geeinigt. Die Fraktionen sind in Abweichung zur Basisvariante des ursprünglichen PSU-Antrages der Meinung, dass der Bau einer neuen Doppelturnhalle, mit Weiternutzung der beiden bestehenden Turnhallen für den Schulbetrieb ausreicht. Der Abbruch einer Turnhalle und der Neubau einer neuen Dreifachhalle liesse zwar etwas mehr Gestaltungsspielraum für den Wettbewerb zu und würde wohl die Wünsche der Vereine besser erfüllen. Dieser Verzicht auf eine neue Dreifachturnhalle führt zu einer Einsparung gegenüber der Basisvariante von CHF 3,4 Mio., also ca. 10% der zu erwartenden Gesamtkosten und trägt massgeblich dazu bei, dass dieser Kostenrahmen eingehalten werden kann.

*Wir fordern zudem, dass die Räume in der Nutzung **flexibel und variabel** für die Bedürfnisse einer Gesamtschule sowie ein **auf lange Sicht wirtschaftlich günstiges** Schulhaus erstellt werden soll. Bei der Planung sind deshalb die zukünftigen Betriebs- und Unterhaltskosten mit zu berücksichtigen und im Antrag klar darzulegen.*

Damit fordern wir nur das, was die Bildungsdirektion des Kantons Zürich in den Empfehlungen für Schulhausanlagen vom 1. Januar 2012 festhält:

Die schulischen und wirtschaftlichen Anforderungen an Schulräume und –bauten erfordern weniger eine Spezifikation der Räume als eine Baustruktur, die sowohl eine im engeren Sinne schulisch flexible als auch eine über das Schulische hinausgehende Mehrfachnutzung erlaubt.

...Schulhausanlagen sollen vielfältig genutzt werden können.

Mit dieser flexiblen Nutzung wird auch die Nutzung der Räume durch die SSU ermöglicht. Es wird vermutlich nötig sein, dass die SSU mal mehr und mal weniger Räume nutzen kann, beispielsweise beeinflusst durch die Verschiebung des Schuleintrittsstichtatum. Auch die Musikschule wird Räume mitnutzen können, ohne dass extra für sie Räume erstellt werden müssen.

*Die Empfehlungen für Schulhausanlagen fordern zudem: Raumprogramm, Gebäudekonzept und Ausbaustandard sollen.... auf das Notwendige beschränkt werden. Mit Infrastruktur- und Verkehrsflächen (Eingangshallen, Gänge usw.) ist sparsam umzugehen. Es ist auf eine einfache Gebäudestruktur zu achten, und es sind bewährte, **ökologische** und kostengünstige Bausysteme, Konstruktionen, **Materialien** und Betriebseinrichtungen zu wählen. Schulhausanlagen sind so zu planen, dass der **Energieverbrauch minimiert** wird.*

Eine ökologische Bauweise und ein zukünftiger minimaler Energieverbrauch ist also nicht nur eine grüne Spinnerei die wir Grünliberalen einfordern, sondern sollte gemäss Baudirektion im Schulhausbau Standard sein. Ob schlussendlich die Baute noch mit einem Label versehen wird ist eher sekundär.

Dass Photovoltaik mit einzuplanen ist, wird von allen an der Motion beteiligten Fraktionen gutgeheissen. Offen gelassen werden kann hingegen, wer sie dann schlussendlich baut und betreibt: ob wirklich die PSU oder ein allfälliger Dritter. Ich persönlich rechne mit weiterhin sinkenden Gestehungskosten für Photovoltaikanlagen und denke, dass dies gut im vorgegebenen Finanzrahmen der PSU Platz finden wird.

Ein Punkt, in dem sich die beteiligten Fraktionen noch nicht einig wurden und demzufolge noch nicht definitiv abschliessend darüber befinden wollten, ist, ob das Schulhaus Krämeracker als Tagesschule ausgestaltet werden soll. Ideal wäre, wenn die PSU im Wettbewerb eine Variante mit und eine ohne Tagesschule ausarbeiten lassen könnte. Da dies aber offenbar leider nicht geht, soll die PSU uns diesen Punkt in Ihrem Antrag nochmals als Option unterbreiten. Vielleicht hilft uns bei der Meinungsbildung zum Thema Tagesschule der heute noch zu behandelnde Antrag Nr. 175 bzw. die Begründung durch die Schulpflege weiter.

Nochmals zusammengefasst erwarten nun die Motionäre von der Primarschulpflege, dem Gemeinderat einen Antrag für ein neues Schulhaus vorzulegen, der

- ausreichend Schulzimmer vorsieht und deren Bedarf begründet*
- eine neue Doppeltturnhalle beinhaltet*
- eine Photovoltaikanlage umfasst*
- in der Nutzung flexibel gestaltet wird*
- auf lange Sicht wirtschaftlich günstig ist und deshalb auch die zukünftigen Betriebs- und Unterhaltskosten aufzeigt und vergleicht*
- und sich im vorgegebenen Kostenrahmen bewegt.*

Als Optionen sollen nochmals die Wahlmöglichkeit für Minergie-P-Eco und die Variante Tagesschule im Antrag angeboten werden.

Für die GLP/EVP/CVP-Fraktion steht vor allem die rasche Realisierung von genügend Schulraum im Vordergrund. Aus meiner Sicht müssten für einen Planungszeitraum von 15 bis 20 Jahren ab heute eher 28 bis 30 Schulzimmer als nur 22 aber sicher nicht nur 18 erstellt werden. Diese letzte grosse verfügbare Parzelle im Zentrum von Uster ist maximal auszunutzen, ein zu kleines Schulhaus wäre eine raumplanerische Sünde. Es ist demnach auf dieser Parzelle so viel Schulraum zu planen, wie architektonisch und städtebaulich noch verträglich ist. Zudem ist uns sehr wichtig, dass die Baute auch im Hinblick auf zukünftige Betriebs- und Unterhaltskosten und Energieverbrauch optimiert wird. Eine Tagesschule erachten wir als wichtig für die Wohnstadt Uster, werden aber den Antrag der PSU bei nicht Annahme dieser Option nicht ablehnen und das Projekt dadurch gefährden.

Die GLP/EVP/CVP-Fraktion steht geschlossen hinter diesem Kompromissvorschlag den sie zusammen mit den zwei anderen grossen Fraktionen in diesem Rat erarbeitet hat und wird die Motion an den Stadtrat überweisen.

*Ursula Räuftlin
Gemeinderätin Grünliberale*

Sabine Wettstein ergreift das Wort. Sie führt aus, dass die Primarschulpflege Uster die Motion gerne entgegennimmt. Als der Antrag Krämeracker hier im Rat abgelehnt wurde, ging man davon aus, das Geschäft nächstes Jahr der neu gewählten Behörde zu übergeben. Aufgrund dieser Motion kann aufgrund der Planungsgrundlage der PSU weitergeplant werden. Die Strategie wurde überprüft und die Resultate werden der KBK am 9. September 2013 präsentiert. Die Anzahl Schulzimmer, wie von der PSU beantragt, sind ausgewiesen. Sollte die Motion heute überwiesen werden, kann die PSU vor den Herbstferien einen neuen Antrag bringen. Sie weist noch darauf hin, dass auf der Tribüne diverse Vertreter der Schulpflege sitzen, um zu hören, was der Gemeinderat verlangt.

Marianne Siegrist

*Sehr geehrte Frau Präsidentin
Geschätzte Anwesende*

Im Grunde findet die FDP/JFU die vorliegende Motion überflüssig. Die Primarschule hat in ihrem Antrag, über den wir am 27. Mai 2013 abgestimmt haben, gesagt, was sie braucht. 4 Kindergärten sowie 12 Klassenzimmer, darin ist eine gewisse Reserve eingeplant. Nun wird die PS nochmals aufgefordert, ihre Bedürfnisse anzubringen obwohl sie ihre Hausaufgaben gemacht hat. Jetzt liegt es doch an der Politik, das heisst an uns Gemeinderätinnen und Gemeinderäten, zu sagen, was wir uns leisten können, bzw. was wir bereit sind zu bezahlen. Dabei müssen wir die gesamten anstehenden Investitionsbeträge der Stadt Uster im Auge behalten.

Die FDP/JFU Fraktion hat im Mai als einzige Fraktion geschlossen für das Schulhaus gestimmt. Unsere Fraktion hat von Beginn weg gesagt, dass die Primarschule eher konservativ gerechnet hat, im Gegensatz zur Sekundarschule, die zu viel Schulraum beantragt hat.

Die Fraktion ist der Meinung, dass eine Doppelturnhalle genügen muss. Photovoltaik soll optional gerechnet werden.

Obwohl wir die Motion nicht unterschrieben haben, werden wir die Motion überweisen. Aus dem einfachen Grund, dass das Projekt Krämeracker weiterbearbeitet werden kann, welches dem Gemeinderat dann erneut vorgelegt wird. Oder anders gesagt, dass die Schulpflege endlich weiss, mit welchem Raumprogramm sie den Wettbewerb ausschreiben kann.

Marianne Siegrist, FDP/JFU Fraktion

1.Sept. 2013

Balthasar Thalmann

*Frau Präsidentin
Geschätzte Anwesende*

Aller guten Dinge sind drei. Ja der dritte Anlauf zum Krämi wird von drei Fraktionen angestoßen. Und ausgerechnet zwei davon sind diejenigen, die nach der letzten Abstimmung zum Krämi als destruktive Polparteien in den Medien bezeichnet wurden. Wir haben uns zusammengerauft und

blitzschnell eine Kompromisslösung auf den Tisch gelegt. Kompromiss heißt eben, über den eigenen Schatten springen zu können aber dennoch eine langfristig zweckmäßige Lösung zu skizzieren. So kann es nicht sein, dass wir wissentlich eine zu kleine Infrastruktur hinstellen. Es muss ja nicht unbedingt Luxus sein und auf Wünschenswertes muss verzichtet werden. Und vielleicht müssen wir uns auch darüber verständigen, welche Ansprüche wir heute an eine Schulinfrastruktur haben. Natürlich sind wir als SP der Überzeugung, dass die Qualität der Bildung nicht durch schmürzeliges Verhalten durch die Politik gefährdet werden kann. Natürlich sind wir der Überzeugung, dass die Tagesschule das richtige Zukunftsmodell ist. Natürlich muss die Infrastruktur energetisch super sein. Und natürlich würden wir den Sportvereinen gerne eine optimale Infrastruktur zu Verfügung stellen. Wenn so aber die Rechnung so hoch wird, dass sie nicht mehr mehrheitsfähig ist, müssen wir eben den größten gemeinsamen Nenner suchen.

Dass die FDP, die sich sonst so gerne als kompromissbereit bezeichnet-, wohlverstanden im letzten Moment - die Unterschrift verweigert, erstaunt. Es freut, dass sie wenigstens heute Ja sagt. Ebenso erstaunt auch der Verzicht der Grünen. Ja, vielleicht ist das ein Beispiel für eine Diskussion über das Thema: politische Positionen und Verantwortung gegenüber der Gesellschaft - ein herausforderndes Spannungsfeld.

*Besten Dank.
Balthasar Thalmann*

Patricio Frei

*Sehr geehrte Frau Präsidentin
Geschätzte Anwesende*

Die Ablehnung der Vorlage für das neue Schulhaus Krämeracker im Mai war aus Sicht der Grünen ein „unschöner Betriebsunfall“. Auch wir sind selbstverständlich für das neue Schulhaus. Deshalb waren wir bereit, anschliessend gemeinsam mit den anderen Parteien nach einer Lösung zu suchen.

Die Grünen haben einen Vorschlag ausgearbeitet, der die Bezeichnung „Kompromiss“ auch tatsächlich verdient: Kostenmässig lag er exakt in der Mitte zwischen den Extrempositionen: Bei 35 Millionen Franken. Um diesen Kompromiss zu ermöglichen, hätten wir einige Abstriche akzeptiert.

Für uns gibt es aber drei Punkte, die zwingend in der Vorlage enthalten sein müssen:

- Verschärfte Bauvorschriften wie Minergie-P-Eco oder DGNB;*
- eine Photovoltaik-Anlage*
- und die Tagesschule.*

Alle diese drei Punkte sind nun zwar in der Motion drin, aber lediglich als Optionen. Das ist uns Grünen zu wenig. Diese drei Punkte müssten Standard sein. Deshalb tragen wir diesen Vorschlag nicht mit. Ein guter Kompromiss sieht anders aus. Weil wir aber weiterhin für das neue Schulhaus Krämeracker sind, werden wir auch nicht gegen die Motion stimmen.

Unsere Hoffnung aber bleibt, dass die Primarschulpflege die vielleicht etwas versteckte Botschaft in dieser Motion erkennt: Eine Vorlage für ein Schulhaus, die verschärfte Bauvorschriften entspricht sowie eine Photovoltaik-Anlage aufweist und eine Tagesschule beherbergt, würden die drei

beteiligten Fraktionen nicht per se ablehnen. Das eine solche Vorlage das Kostendach von 35 Millionen Franken einhalten vermag, hat unser Kompromissvorschlag bewiesen. Sind diese drei Punkte dann beim neuen Vorschlag der Primarschulpflege tatsächlich drin, sind ihm auch die Stimmen der Grünen sicher.

Und um es gleich vorweg zu nehmen: Wir Grünen werden das Postulat 579 unterstützen. Dass die Sekundarschulpflege ihre Schulraumplanung offenlegt, dagegen ist nichts einzuwenden.

*Patricio Frei
Fraktionspräsident Grüne*

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 28 : 0 Stimmen

Die Motion an die Primarschulpflege zu überweisen.

4 Postulat 579 von Claudia Bekier, Balthasar Thalmann und Ursula Räuftlin betreffend «Benötigte Anzahl Schulzimmer im von der PSU geplanten Schulhaus Krämeracker»

Für die Postulanten referiert **Claudia Bekier**.

Sehr geehrte Frau Gemeinderatspräsidentin, geschätzte Anwesende

Das vorliegende Postulat 579 ist die logische Konsequenz aus der soeben diskutierten Motion 578 an die Primarschule. Bestehen bis anhin in unserer Gemeinde separate Schulhäuser für Primar- und Sekundarschule, so soll das zu erstellende Schulhaus Krämeracker gemeinsam genutzt werden, da auch die Sekundarstufe Raumbedarf angemeldet hat.

Die Antwort der Primarschule betreffend Anzahl Schulzimmer ist abhängig vom Raumbedarf der Sekundarschule. Die Sekundarschule meldete ursprünglich einen Bedarf von sechs Schulzimmern an. Später beharrte sie dann aber nicht mehr unbedingt auf den sechs Schulzimmern. Die definitive Anzahl Schulzimmer, welche die SSU benötigt, hängt wohl im Wesentlichen damit zusammen, ob die für heutige Verhältnisse relativ kleinen Klassenzimmer im bestehenden Schulhaus Krämeracker vergrössert werden sollen, was dort einen Verlust von Klassenzimmern zur Folge hätte. Dies würde sich logischerweise auf den Schulraumbedarf im Neubauprojekt auswirken.

Aus diesem Grund fordern die drei unterzeichnenden Fraktionen die Sekundarschulpflege auf, sich mit ihrer Schulraumstrategie nochmals auseinander zu setzen und genau aufzuzeigen, wie viele Schulzimmer sie im neu zu realisierenden Schulhaus Krämeracker benötigt. Nur so wird die Primarschule uns Auskunft über den gesamten Raumbedarf geben können.

Mit bestem Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Claudia Bekier

2.9.2013

Thomas Pedrazzoli

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren

Die Sekundarschulpflege hat von Ihrem Postulat Kenntnis genommen. Selbstverständlich empfehlen wir Ihnen dieses zu Annahme und sind bereit dieses entgegen zu nehmen.

Die Sekundarschulpflege ist der Ansicht, dass wir in den Diskussionen mit Ihnen genügend klar dargelegt haben für was wir die 6 Klassenzimmer benötigen.

Gründe dazu sind einerseits die steigenden Schülerzahlen. Und andererseits möchten wir die engen Platzverhältnisse in unserem Schulhaus mittelfristig verbessern.

Das eine ist eine zwingende Notwendigkeit, das andere ist ein politischer Entscheid. Aus Sicht der Schulpflege jedoch ebenso zwingend.

Die Behauptung, wir hätten uns zu wenig klar geäussert weisen wir entschieden zurück. Wir haben aus unserer Sicht alle Fakten auf den Tisch gelegt immer mit dem Hinweis, dass Prognosen Prognosen bleiben.

2. September 2013 / Thomas Pedrazzoli

Marianne Siegrist

*Sehr geehrter Frau Präsidentin
Geschätzte Anwesende*

Schon an der Gemeinderatssitzung vom Mai 2013 sind wir dafür eingetreten, dass der Verteilschlüssel der Klassenzimmer PSU und SSU neu verhandelt werden muss. Wir sind nach wie vor der Meinung, dass die Sekundarschule nicht sechs zusätzliche Zimmer benötigt. Unter anderem auch begründet dadurch, dass sie im Neubau Weidli vier zusätzliche Klassenzimmer plus Nebenräume erhält. Schon an der Sitzung als das Raumkonzept des neuen Schulhauses diskutiert wurde, hat die FDP/JFU-Fraktion einen Antrag auf Kürzung des Anteils an Zimmern der Sekundarschule gestellt. Leider waren wir damals allein auf weiter Flur. In der Zwischenzeit haben sich die Meinungen diesbezüglich geändert, denn der Antrag auf Neuverhandlung der benötigten Zimmer zwischen PSU und SSU wurde an der Mai-Sitzung mit grossem Mehr (23 : 2 Stimmen) unterstützt.

Kurz und bündig unsere Meinung: die SSU soll zugunsten der PSU auf zwei bis vier Zimmer verzichten!

Der Sache wegen, bzw. weil wir die Planung des Schulhauses Krämeracker vorantreiben wollen, überweisen wir das Postulat.

Marianne Siegrist FDP/CVP Fraktion

1. Sept. 2013

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Näniker befinden sich bei der Abstimmung im Ausstand.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 30 : 0 Stimmen

Das Postulat an die Sekundarschulpflege zu überweisen.

5 Antwort der Sekundarstufe auf die Motion 572 (2008) der Ratsmitglieder Marianne Siegrist, Balthasar Thalmann, Walter Meier und Werner Hürlimann betreffend «Einheitsgemeinde für Uster»

Eingangs erklärt die Vorsitzende kurz den Hergang des Geschäftes (Brief an das Gemeindeamt vom 11. September 2012 seitens der Geschäftsleitung, Antwort des Gemeindeamtes erfolgte am 8. Januar 2013, an der GL-Sitzung vom 6. März 2013 wurde der Entscheid gefällt: Die Antwort des Gemeindeamtes vom 8. Januar 2013 auf die ratsuchende Eingabe der Geschäftsleitung hat keine weiterführende Unterstützung gebracht. Die Motion Nr. 571 vom 8.12.2008 soll deshalb bei nächster Gelegenheit im Gemeinderat traktandiert werden, so dass der Antrag der Sekundarstufe vom 26.12.2012 auf Abschreibung der Motion behandelt werden kann.).

Aus diesen Gründen wird heute über die Abschreibung der Motion abgestimmt.

Für die Motionäre referiert **Marianne Siegrist**.

*Sehr geehrte Frau Gemeinderatspräsidentin
Geschätzte Anwesende*

Eine Geschichte, die im Dez. 2008 mit der Einreichung der Motion „Einheitsgemeinde für Uster“, eingereicht durch die vier Fraktionen SP, SVP, EVP und FDP begonnen hat, soll nun abgeschlossen werden. Leider ohne Ergebnis, ohne Veränderung der Situation in der Sekundarschulgemeinde Uster.

*Die Sekundarschulgemeinde Uster umfasst nicht das ganze Gemeindegebiet der politischen Gemeinde Uster. Die Teilgebiete Nänikon und Werrikon sind Teil der Sekundarschulgemeinde Nänikon-Greifensee. Bei der Bildung von Einheitsgemeinden, wie es die Motion verlangt, setzt die Praxis voraus, dass das Gebiet der aufzulösenden Schulgemeinde **deckungsgleich ist mit dem Gebiet der politischen Gemeinde**. Das heisst, die Schulgemeinde Nänikon-Greifensee müsste Hand bieten für vorgeschlagene Lösungen. Dies ist nun leider nicht der Fall. Die Schulgemeinde Nänikon-Greifensee möchte beim Status Quo bleiben. Uster sind damit die Hände gebunden, den bestehenden Zweckverband aufzulösen und eine Einheitsgemeinde mit der Sekundarschule zu bilden. Schade!*

Die Motion wurde unter anderem eingereicht, weil die Motionäre verhindern wollten, dass schlussendlich der Kanton eingreift und Uster (und damit auch Greifensee) eine Lösung aufzwingt. Gemäss neuem Gemeindegesetz ist eine Organisation mit Grosseem Gemeinderat (Parlament) in einer Schulgemeinde nicht zulässig. Die Sekundarschulgemeinde erhielt vom Kanton fünf Jahre Frist um die Bereinigung der Rechtslage umzusetzen. Diese läuft im 2014 ab.

Die FDP/JFU Fraktion hat genau dies zu verhindern versucht durch die Unterzeichnung der Motion, nämlich, dass der Kanton uns Vorschriften macht.

Weil keine Einigung mit Nänikon-Greifensee erzielt werden konnte, sind wir dafür, die Motion abzuschreiben, so wie es die Sekundarschule vorschlägt. Die unternommenen Schritte der Integration der Sekundarschule sowie der Primarschule Uster werden von unserer Fraktion sehr begrüsst. Die Zusammenarbeit soll weiter vorangetrieben werden.

Wir verlangen, dass die Sekundarschule mit dem Kanton in Kontakt bleibt und dem Gemeinderat regelmässig über den aktuellen Stand berichtet. Im Sinne von: wir schreiben die Motion ab, das Ziel einer Einheitsgemeinde soll weiter verfolgt werden.

*Marianne Siegrist
FDP/JFU Fraktion*

1. Sept. 2013

Thomas Pedrazzoli

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren

Die Sekundarschulpflege hat als eines ihrer Legislaturziele formuliert:

Der Motionsauftrag „Einheitsgemeinde“ wurde konstruktiv weiterbearbeitet.

Die SSU beteiligt sich aktiv und konstruktiv am Prozess der Neuorganisation der Schulen in Uster.

Nicht ohne Bitterkeit muss Ihnen heute die Schulpflege die Abschreibung der Motion empfehlen. Wir sind zwar konstruktiv unterwegs gewesen, haben einander höflich zugehört und haben festgestellt, dass der Zeitpunkt für dieses Ansinnen falsch war.

So müssen wir heute sagen: Richtiges Anliegen – falscher Zeitpunkt.

Die Zaudererfraktion hat obsiegt. Vorläufig.

Wir können heute das Problem politisch lösen. Aber die rechtliche Situation der Sekundarstufe Uster ist noch immer nicht bereinigt. Der Kanton Zürich hat uns bis Ende Legislatur 2014 beauftragt, unserer Situation zu verändern. Eine Schulgemeinde mit grossem Gemeinderat als Legislative gibt es nur einmal im Kanton Zürich.

Das ist unsere Schulgemeinde. Und es widerspricht dem alten und wird auch dem neuen Gemeindegesetz widersprechen.

Die Einheitsgemeinde wird kommen. Früher oder später. Ob Sie oder ich als politisch Aktiver dies noch erleben, das ist eine andere Frage.

Mein geschätzter Kollege Schulpräsident von Nänikon Greifensee kommentierte dies wie folgt:

Ich bin zwar Obelix – aber nicht Winkelried. Und so hoffen wir auf den Kanton - nicht in der Rolle als Habsburger oder Römer, sondern als Vermittler und Partner.

2. September 2013 / Thomas Pedrazzoli

Balthasar Thalmann

Frau Präsidentin

Geschätzte Anwesende

Wir bedauern ausserordentlich, dass die Motion noch nicht zum erwünschten Ziel geführt hat. Die vergangenen drei Jahre haben gezeigt, wie wichtig und wie fruchtbar eine konstruktive und offene Zusammenarbeit von Primarschule und Sekundarschule sein kann. Denken wir beispielsweise an den pädagogischen Kompass, den Sek und PSU gemeinsam dem Parlament vorgelegt hat und auch so diskutiert werden konnte. Stellen Sie sich vor, die PSU hätte dies dem Parlament und die Sek einer Gemeindeversammlung unterbreitet. Ein roter Faden in der Bildungspolitik vom Kindergarten - oder sogar früher - bis zur Sek ist wichtig.

Für uns bleibt die Zielsetzung weiterhin dieselbe, wie in der Motion formuliert. Der Regierungsrat hat bei der Genehmigung der Sek-Gemeindeordnung gesagt, dass bis 2014 diese dem geltenden Gemeindegesetz angepasst werden müsse. Aus unserer Sicht gibt es keinen Anlass, dem zu Folgen.

Der Regierungsrat selbst hat ja mit dem Entwurf zum neuen Gemeindegesetz erkannt, dass ein Auseinanderdividieren der politischen Führungskompetenzen innerhalb einer politischen Gemeinde unzweckmäßig ist. Lassen wir also die Sache so wie sie ist, bis entweder unsere mit der Motion formulierte Stossrichtung eine allgemeine Überzeugung findet oder bis eine Änderung von oben angeordnet wird.

*Besten Dank.
Balthasar Thalmann*

Walter Meier

*Sehr geehrte Präsidentin
Sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen*

Die Einheitsgemeinde ist mir ein wichtiges Anliegen. Damit in Uster die Einheitsgemeinde umgesetzt werden kann, braucht es eine Gebietsbereinigung bei der Sekundarschulgemeinde. Bei einer Gebietsbereinigung müssten allerdings die Behörden und das Volk aus Greifensee mitmachen. Für verschiedene massgebende Personen ist eine Gebietsbereinigung kein Thema.

Weil auch das Gemeindeamt (im Moment) keinen anderen Weg als das Initiativrecht nennt, ist der einzige mögliche Weg im Moment folgender: eine Schweizer Bürgerin oder ein Schweizer Bürger mit Wohnsitz in Greifensee müsste eine entsprechende Initiative starten.

Vielleicht – wenn uns der Regierungsrat noch etwas Galgenfrist gibt (an sich läuft diese 2014 ab) – könnte die Zeit für uns arbeiten. Im neuen Gemeindegesetz ist nämlich in der regierungsrätlichen Vorlage ein Artikel vorhanden, der uns Hoffnung gibt.

Uns bleibt heute aber keine andere Wahl, als die Motion abzuschreiben.

Walter Meier, GR

Patricio Frei

*Sehr geehrte Frau Präsidentin
Liebe Kolleginnen und Kollegen
Geschätzte Anwesende*

Langsam aber sicher gibt das Politikum um die Einheitsgemeinde in Uster Stoff für ein zünftiges Provinztheater- Wie das gallische Dorf von Asterix und Obelix stemmen sich die Näniker und Greifenseer gegen eine sachpolitisch sinnvolle Neuordnung. Im Gegensatz zu den tapferen Galliern, die zu Recht für ihre Unabhängigkeit kämpften, können wir Grünen in der Verweigerungshaltung der Schulpflege Nänikon-Greifensee weder Weitsicht noch Klugheit erkennen. Vielmehr feiert der Mythos vom „Moloch SSU“ Urstand und verunmöglicht eine sachliche Diskussion.

Wie wurde der Stadtpräsident doch vor Jahren von bürgerlicher Seite gescholten als er aus einer ersten Verhandlungsrunde erfolglos ins Stadthaus zurückkehrte. Ironie des Schicksals, auch die FDP muss nun erkennen, dass es in ihren Reihen keinen Druiden mit Zaubertrank gibt, der das Problem ein für alle Mal zu lösen vermöchte. Wo doch genau das im Wahlkampf vor knapp vier Jahren in Aussicht gestellt wurde! Dem freisinnigen SSU-Präsidenten erging es gleich: Auch ihm wurde die

Türe vor der Nase zugeschlagen. Gegen die ‚Grinde‘ in Uster Nordwest ist offenbar kein Kraut gewachsen.

Wie bereits angetönt, rationalen Argumenten und Zeichen der Zeit scheint die Schulpflege Nänikon-Greifensee nicht wirklich zugänglich zu sein. So ist es wohl am Pragmatischsten und am Nerven-Schonendsten, auf die Annahme des Gemeindegesetzes oder auf eine Intervention der kantonalen Obrigkeit zu warten, damit die längst fällige Einheitsgemeinde endlich realisiert werden kann.

In diesem Sinne hat die Motion 572 ausgedient. Wir Grüne nehmen vom Zwischenbericht Kenntnis und unterstützen den Antrag auf Abschreibung der Motion.

*Patricio Frei
Fraktionspräsident Grüne*

Stadtpräsident Martin Bornhauser ergreift das Wort. Er betont, dass es nach wie vor ein Anliegen der politischen Gemeinde Uster ist, die Einheitsgemeinde einzugehen. Nänikon-Greifensee hat deshalb kein Interesse, weil kein Leidensdruck existiert, weil alles in Ordnung ist. Aber er versteht die Haltung des Regierungsrates nicht: wie kann man jahrelang einen rechtswidrigen Zustand aufrechterhalten. Das Szenario, nachdem die SSU eine Gemeindeversammlung durchführt; darüber kann man ja nur lachen. Also hat einzig und allein der Regierungsrat die Möglichkeit zu agieren.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Näniker befinden sich bei der Abstimmung im Ausstand.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 30 : 0 Stimmen

die Motion abzuschreiben.

6 Antrag des Stadtrates betreffend Dammstrasse, Gesamtsanierung Werkliegenschaft und Neue Hauptsammelstelle – Projektierungskredit (Antrag Nr. 170/2013)

Für die Kommission Öffentliche Dienste und Sicherheit sowie die Rechnungsprüfungskommission referiert Giuseppe Biacchi.

Bericht aus der Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit

Punkt 1 zum Antrag 170/2013

Projektierungskredit von Fr. 1'180'000.00 inkl. MwSt (Grobkostenschätzung +/- 20%). für die Sanierung und Erweiterung mit Aufstockung der Werkliegenschaft-Feuerwehrgebäude an der Dammstrasse 7, mit geschätzten Gesamtbaukosten von Fr. 17,4 Mio. inkl. MwSt.

Die KÖS-Mitglieder haben 2 Sitzungen (10.06. + 19.08.13) durchgeführt. Die diversen Fragen wurden von Stadtrat Werner Egli, Thomas Bornhauser GF-Leiter Liegenschaften, und Karin Reifler, Bauprojektleiterin kompetent beantwortet.

Die Projektierungskosten würden sich verteuern, wenn die Stadt das Projekt nicht zusammen mit der Energie Uster planen könnte. Das Gebäude ist 42 Jahre alt und muss saniert werden.

Die Aufstockung (Erweiterung) um 2 Stockwerke wird nun baldmöglichst geprüft werden. Dazu wird separat Bericht erstattet sobald hier Ergebnisse vorliegen.

Es könnten vermehrt Abteilungen die heute fremd eingemietet sind, in das erweiterte Gebäude integriert werden.

Die Blaulichtorganisationen (inkl. Kantonspolizei) wären ebenfalls am gleichen Standort.

Einsparungen über die Zeitachse Fr. 300'000 Wegfall Fremdmieten und Fr. 200'000 neue Mietzinseinnahmen; total ca. Fr. 500'000 Potential pro Jahr.

Wird dem Projektierungskredit bezüglich Erweiterung und Aufstockung nicht zugestimmt, müsste trotzdem bald mit Planung der Sanierung begonnen werden (es handelt sich hier um gebundene Kosten).

Punkt 1 des Antrages wurde von den KÖS-Mitgliedern einstimmig angenommen.

Punkt 2 zum Antrag 170/2013

Projektierungskredit von Fr. 238'000.00 inkl. MwSt. (Grobschätzung +/- 20%). Für die Sanierung und Erweiterung der Neuen Hauptsammelstelle an der Dammstrasse mit Gesamtbaukosten von Fr. 2,93 Mio. inkl. MwSt. Unsere Fragen wurden vom Stadtrat Werner Egli sowie Frau S. Laustela, Leiterin Abfall und Umwelt kompetent beantwortet.

Zurzeit der Erstellung waren in Uster 25'000 Einwohner/Innen (29 Kg. Papier und Karton pro Einwohner/Innen. Heute sind es 33'000 Einwohner/Innen (81 Kg. Papier und Karton. Darum braucht es dringend eine Erweiterung um ½ der heutigen Fläche. Auch wenn in Zukunft ein Teil des zusätzlichen Volumens direkt zu Hause abgeholt werden soll.

- Neu könnten auch Petflaschen und Sperrgut (brennbar) abgegeben werden.

Punkt 2 des Antrages wurde von den KÖS-Mitgliedern mit einer Gegenstimme angenommen.

Punkt 3 zum Antrag 170/2013

Der Stadtrat wird ermächtigt die erforderlichen Mittel auf den Darlehensvertrag zu beschaffen. Die Abfallbewirtschaftung ist spezialfinanziert.

Punkt 3 des Antrages wurde von den KÖS-Mitgliedern einstimmig angenommen.

Die KÖS-Mitglieder empfehlen dem Gemeinderat den Antrag 170/2013 anzunehmen.

*Kommission öffentliche Dienste und Sicherheit. Giuseppe Biacchi
Uster, 2. September 2013/gb*

Bericht aus der Rechnungsprüfungskommission

Betreffend Projektierungskredit :

Punkt 1 zum Antrag 170/2013

Projektierungskredit von Fr. 1'180'000.- Mio. inkl. MwSt. für die Sanierung und Erweiterung mit Aufstockung um 2 Stockwerke, Werkliegenschaft/Feuerwehrgebäude.

Punkt 2 zum Antrag 170/2013

Projektierungskredit von Fr. 238'000.- inkl. MwSt. für die Sanierung und Erweiterung der neuen Hauptsammelstelle Dammstrasse.

Punkt 3 zum Antrag 170/2013

Der Stadtrat wird ermächtigt die erforderlichen Mittel auf dem Darlehensweg zu beschaffen.

Die Sanierung, MFH ist schon in Auftrag gegeben worden, da es gebundene Kosten sind.

Für das Gebäudedach wird eine Alternative geprüft da die Kosten vom Siegerprojekt „Il Tetto“ mit Fr. 12'000'000.- Mio. zu hoch sind.

Der Kreditentscheid für die Gesamtbaukosten würde vor das Volk kommen.

Der gesamte Antrag 170/2013 Dammstrasse in allen 3 Punkten wurde von der RPK einstimmig angenommen.

Rechnungsprüfungskommission Giuseppe Biacchi

Uster, den 02. Sept. 2013

Stadtrat wünscht nicht das Wort.

Ursula Räuftlin ergreift das Wort und stellt den

Antrag: *Es sei über das Dispositiv 1 und 2 separat abzustimmen.*

Die Vorsitzende entscheidet, dass erst alle Voten gehört werden und dann über den Antrag der GLP abgestimmt wird.

Patricio Frei

*Sehr geehrte Frau Präsidentin
Liebe Kolleginnen und Kollegen
Geschätzte Anwesende*

Gerade die Visualisierung des Siegerprojektes "TETTO" weckte grosse Erwartungen: ein freudloser Bau aus den frühen 70er Jahren wird so aufgepeppt, dass Uster ein architektonisches Highlight erhalten würde. Gross war wohl die Ernüchterung bei allen Involvierten, zuletzt in der KÖS, dass die kühne Dachkonstruktion viel zu teuer und auch bezüglich Funktionalität Mängel aufwies. Die Architekten haben im Rahmen des Vorprojekts aber den Auftrag, eine realisierbare architektonische Klammer für die zur Diskussion stehenden Gebäude zu entwickeln. Wir dürfen darauf gespannt sein. Denn dieses Gebäudegeviert hat eine architektonische Aufwertung dringend nötig.

Zu hoffen ist auch, dass die grundsätzliche Zielsetzung des Stadtrates, nämlich die Unternutzung in städtischen Liegenschaften sukzessive zu korrigieren, am Ende aufgeht. Ein zentrales Element des Vorprojekts besteht eben genau darin abzuklären, ob auf das Gebäude an der Dammstrasse zwei zusätzliche Geschosse gebaut werden können oder nicht. Wenn ja, dann geht die Rechnung tatsächlich auf: mehrere Leistungsgruppen fänden an der Dammstrasse ein neues Zuhause. Mit dem Effekt, dass Fremdmieten eingespart und die Kapo als neuer grosser Mieter dazukäme. Das macht unter dem Strich fast eine halbe Million Franken aus, die die Stadt Uster weniger für Mieten ausgibt bzw. mehr an Mieten einnimmt. Von den Synergien unter den neu an der Dammstrasse einquartierten Abteilungen und Diensten ganz zu schweigen.

Dass beim optimalen Szenario das immer wieder diskutierte Stadthaus II für viele Jahre wohl obsolet wird, können die Grünen akzeptieren. Einerseits entspricht es dem grünen Credo, dort zu verdichten, wo bereits gebaut ist. Andererseits hätte ein architektonisch herausragender Neubau neben dem bestehenden Stadthaus im Rahmen der Zentrumsentwicklung wohl eine gewisse Leuchtturmfunktion gehabt.

Der Bedarf für den Ausbau der Sammelstelle ist aus Sicht der Grünen gegeben. Uster zählt deutlich mehr Einwohner als bei der Eröffnung der Sammelstelle und es ist auch sinnvoll weitere Wertstoffe wie z.B. "Tetra"-Packungen getrennt und zentral zu sammeln. Die Grünen sehen nämlich wenig Potenzial dafür, die Sammeltouren weiter auszubauen, um zu verhindern, dass nicht noch mehr Abfall individuell mit dem Auto zur Sammelstelle gekarrt wird. Vielmehr müsste der Bevölkerung klar gemacht werden, dass man in kurzen Abständen kleinere Mengen an Abfällen sehr wohl mit dem Velo zur Sammelstelle bringen kann – aus eigener Erfahrung weiss ich, dass das machbar ist. Ein möglicher Vorteil der Zentralisierung ist, dass die verschiedenen Wertstoffgruppen, also die Fraktionen, weniger durch artfremdes Material verunreinigt sind, da das Abliefern des Materials immer unter den fachkundigen Augen des Sammelstellen-Personal geschieht.

Schliesslich zur Energiefrage. Dass auf einem Gebäude der Energie Uster oder in unmittelbarer Nachbarschaft davon Solarenergie genutzt wird, dürfte selbstverständlich erwartet werden. Beim Gesamtenergieverbrauch des Gebäudes geht die Vorlage hingegen noch nicht ans Limit. Der angestrebte Minergie-Standard war vorgestern. Gestern war es Minergie P und heute müssen wir von Plusenergiebauten ausgehen. Die Grünen erwarten deshalb, dass im Rahmen des Projekts die Möglichkeiten bezüglich Energieeffizienz und vermindertem Energieverbrauch im Rahmen des heute technisch Machbaren ausgereizt werden. In diesem Punkt scheint uns Grünen, weist das Projekt durchaus noch Potential auf. Jeder darin investierte Franken trägt zum Klimaschutz bei und spart

langfristig Geld. Und an diesem Beispiel könnte die Stadt Uster zeigen, was alles bei einer umfassende Sanierung einer Altliegenschaft möglich ist.

In einem komplexen Gesamtprojekt fundierte Abklärungen vornehmen zu können, scheint uns Grünen zentral. Und es scheint uns sehr sinnvoll, dass in diesem Perimeter gleich alle Gebäude miteinander saniert und umgebaut werden. Das mindert die Kosten für alle Beteiligten. Die Grünen stimmen deshalb allen Anträgen des Stadtrates zu.

Thomas Wüthrich
Gemeinderat, Grüne

Cla Famos

Unsere Fraktion wird diesem Antrag zustimmen. Es geht um die Projektierung einer absolut sinnvollen Verdichtung und im Übrigen – aber das würde als gebundene Ausgabe sowieso kommen – um eine dringend notwendige Sanierung. Die Verdichtung der Dammstrasse würde das Anmieten von externen Büros und allenfalls sogar das Stadthaus 2 überflüssig machen. Wir können den Stadtrat nur loben, dass er so weitsichtig und vernetzt vorausschaut und diese Abklärungen in Auftrag gegeben hat. Die Abklärungen im Rahmen des vorgelegten Projektierungskredits zu Werkliegenschaft und Feuerwehrgebäude werden zeigen, inwieweit eine Verdichtung aufgrund der statischen Gegebenheiten des bestehenden Gebäudes möglich ist. Und entsprechend wird man danach aufgrund dieser Erkenntnisse weiterplanen können.

Auch die Sanierung und Erweiterung der neuen Hauptsammelstelle an der Dammstrasse, die ja separat über Gebühren finanziert ist, scheint uns absolut sinnvoll. Die von einigen Gemeinderäten eingebrachte Vorstellung, man könne doch die ganzen Altstoffe direkt zu Hause abholen, erscheinen uns relativ weltfremd. Natürlich braucht es beides – dezentrales und zentrales Sammeln von Altstoffen.

Cla Famos

Uster, 1. September 2013.

Markus Wanner

Die SP-Fraktion unterstützt mehrheitlich den Antrag betreffend Gesamtsanierung Werkliegenschaft und neue Hauptsammelstelle.

Nimmt man das ganze Geschäft mit allen Gebäuden zusammen (Werkliegenschaft, Hauptsammelstelle, Wohngebäude, Verwaltungsgebäude der energie uster ag), so bewegen wir uns in einem ähnlichen Kreditrahmen wie bei einem neuen Schulhaus. Das fällt bei diesem Projekt etwas weniger auf, weil insgesamt 3 „Organisationen“ Kredite bewilligen: die energie uster AG für ihr Gebäude, der Stadtrat für das Wohnhaus, und der Gemeinderat für den Rest. Und wenn man bedenkt, wie detailliert man bei einem Schulhaus über den Kredit und das Raumprogramm diskutiert und streitet, sind bei diesem Projekt sicher auch ein paar kritische Hinweise angebracht.

Unbestritten aus unserer Sicht sind:

- *Die Sanierung der Werkliegenschaft*
- *Die Zusammenlegung der Blaulichtorganisation*
- *Die Unternutzung an dieser zentralen Lage prüfen und wenn möglich eine bessere Ausnutzung erreichen.*

Diskutieren muss man aber sicher über folgende Punkte:

- *Das Siegerprojekt heisst „Il Tetto“. Wir stimmen aber heute über einen „dachlosen“ Projektierungskredit ab. Für den Ausführungskredit erwarten wir hier konkrete alternative Vorschläge.*
- *Die neue Hauptsammelstelle soll erweitert werden. Rein von der Entwicklung der Bevölkerungszahlen und von der Sammelmenge her ist diese Erweiterung logisch. In der vorberatenden Kommission wurde gefragt, ob auch dezentrale Sammelstellen oder eine Ausdehnung der Touren geprüft wurden. Wenn wir später „ja“ zur Erweiterung der Sammelstelle sagen wollen, müssen diese Fragen unbedingt geklärt sein.*
- *Und ja, es ist so, wenn man über das Projekt Dammstrasse spricht, spricht man auch unweigerlich über das Stadthaus II, da es bei beiden Themen über zukünftige Standorte der Stadtverwaltung geht. Für uns ist da noch einiges unklar. Welche Abteilungen sollen örtlich zusammengelegt werden, welche externe Mieten können aufgelöst werden, oder wie sieht die zukünftige Verwaltungsstruktur aus? Dass eine bessere Ausnutzung an der Dammstrasse erzielt werden soll, leuchtet ein. Aber gilt das nicht auch für das Areal Stadthaus? Ein Parkplatz an dieser Lage, da kann man wohl auch nicht von einer guten Ausnutzung sprechen. Auch wenn wir „ja“ zum Projektierungskredit sagen, halten wir nach wie vor am Stadthaus II fest.*

Wir sind uns bewusst, dass es sich beim vorliegenden Antrag um einen Projektierungskredit handelt. Das ist auch der Grund, warum wir ihn mehrheitlich unterstützten. Viele Fragen sind aber noch offen. Damit wir später auch ja zum Ausführungskredit sagen können, müssen diese geklärt werden. Wir erwarten u.a. Transparenz bei den Kosten für die zwei zusätzlichen Stockwerke, genauere Angaben über die zukünftige Nutzung dieser Stockwerke, und auch über das zukünftige Konzept der Abfallsammelstelle. Der Stadtrat hat immer wieder erwähnt, dass wir heute nur ja sagen zum Projektierungskredit. Da sind wir genau gleicher Meinung. Es gibt noch vieles zu klären, bevor wir ja zu einem Ausführungskredit sagen können.

Wolfgang Harder

Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen, geschätzte Anwesende

Die Fraktion vertritt zum vorliegenden Antrag mehrheitlich folgende Meinung:

Zur Werkliegenschaft:

** Sanierung der Gebäude Werkliegenschaft macht Sinn und ist überfällig. Aber auch wir bemerken: Siegerprojekt hat ein Solar-Dach - aber genau dies fehlt bei genauerem Nachfragen. Wir wollen ein funktionales, ökologisch nachhaltiges Gebäude und kein teures Denkmal.*

** Wenn schon etwas gemacht werden muss - und v.a. an dieser guten, zentralen Lage gleich beim Bahnhof - dann besser gleich richtig.*

** Die Idee, dann gleich die verschiedenen, heute teilweise räumlich getrennten Verwaltungsabteilungen zusammenzuziehen, unterstützen wir.*

** Wir gehen davon aus, dass es dann für die nächsten 20 Jahre kein Stadthaus II mehr braucht.*

** Das gesamte Vorhaben als "**Sanierungsprojekt**" zu umschreiben, obschon deutlich mehr als die Hälfte für die **Erweiterung** aufgewendet wird, stufen wir allerdings als verzerrend ein. Klartext und Transparenz wäre uns lieber.*

Zur Sanierung und Erweiterung der zentralen Sammelstelle

** Die Sanierung und Erweiterung der zentralen Sammelstelle betrachten wir mit kritischeren Augen: dass im Zuge der Arbeiten auch gleich die Ecke der Sammelstelle saniert werden soll, ist für uns nachvollziehbar und korrekt.*

Dass der heutige Platz jedoch nicht ausreichen soll, können wir nicht nachvollziehen. Auch zu besten Zeiten müssen die Einwohner zumindest die Fraktionsmitglieder nie warten. Dass das Abholen der Container durch die Lastwagen konnte nicht nachvollziehbar dargelegt werden.

** Wir wissen, dass eine Verbreiterung des Angebots zwangsweise auch Mehrverkehr ins Zentrum der Stadt bringen wird.*

** Es ist weiter bewiesen, dass Abfalltouren (also das Abholen der Abfälle vor dem Haus) weitaus ökologischer sind, als wenn jeder mit seinem Wagen zur zentralen Stelle fährt. Alternativ könnte man sich auch Konzepte mit dezentralen, kleineren Sammelstellen ausserhalb vom Zentrum vorstellen. Das ist eine politisch zu lösende Frage, die aber im Rahmen der Erweiterung der Sammelstelle angesprochen werden muss.*

** Praktisch wären solche Abfalltouren insbesondere für sperrige, nicht-brennbare Güter - diese können heute wie im neuen Konzept in Uster nicht einfach entsorgt werden, zumindest nicht von allen*

** Eine Sanierung der zentralen Sammelstelle scheint sinnvoll, wir fordern aber, dass Alternativen wie zusätzliche Touren oder neue Touren für Sperr- und Sonderabfälle zur Entlastung der zentralen Sammelstelle geprüft werden und dass auf eine Erweiterung der Sammelstelle verzichtet wird.*

** Ob das Sammeln von PET neu Aufgabe der Gemeinde sein soll, bezweifeln wir.*

Die Mehrheit der Fraktion bevorzugt aus diesen Gründen eine reine Sanierung der zentralen Sammelstelle.

Da sowohl die Sanierung / Erweiterung der Werkliegenschaft als auch die Sanierung/Erweiterung im gleichen Antrag enthalten sind, wird hiermit der Antrag für separate Abstimmung der Dispositiv e1 und 2 analog KÖS gestellt.

Wolfgang Harder

Gemeinderat CVP

Giuseppe Biacchi ergreift namens der SVP/EDU-Fraktion das Wort und führt aus, dass seine Fraktion allen – vom Stadtrat formulierten - Anträgen zustimmt.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Bruno Modolo befindet sich bei diesem Geschäft als CEO der Energie Uster AG im Ausstand.

Abstimmung über den Antrag der GLP/EVP/CVP:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 15 : 9 Stimmen

der Antrag ist abgelehnt.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 27 : 0 Stimmen

- 1. Der Projektierungskredit von 1 180 000 Franken inkl. MwSt. (Grobkostenschätzung +/- 20 %) für die Sanierung und Erweiterung mit Aufstockung der Werkliegenschaft/Feuerwehrgebäudes an der Dammstrasse 7 mit Gesamtbaukosten von 17.4 Mio. Franken inkl. MwSt. wird genehmigt.**
- 2. Der Projektierungskredit von 238 000 Franken inkl. MwSt. (Grobkostenschätzung +/- 20 %) für die Sanierung und Erweiterung der neuen Hauptsammelstelle an der Dammstrasse mit Gesamtbaukosten von 2.93 Mio. Franken inkl. MwSt. wird genehmigt.**
- 3. Der Stadtrat wird ermächtigt, die erforderlichen Mittel auf dem Darlehensweg zu beschaffen. Die Abfallbewirtschaftung ist spezialfinanziert.**
- 4. Mitteilung an den Stadtrat.**

7 Antrag der Primarschulpflege betreffend Schulhaus Pünt, Sanierung Haustechnik und Fassade - Genehmigung Baukredit (Antrag Nr. 172/2013)

Für die Kommission Bildung und Kultur referiert **Roger Jordan**.

Geschätzte Präsidentin

Geschätzte Ratskollegen und Anwesende

In der KBK Sitzung vom 19. August 2013 haben wir den Antrag 172 der Primarschulpflege betreffend Schulhaus Pünt, Sanierung Haustechnik und Fassade wie folgt besprochen:

Für die Beantwortung unsere Fragen waren anwesend:

Sabine Wettstein, Thomas Bornhauser, Gerda Brändli (Bauprojektleitung Liegenschaften), Anita Unholz (Finanzen/Controlling PSU) und Lukas Sommer (Firma Amstein + Walther AG, Zürich).

In diesem Antrag geht es nur um den wertvermehrenden Anteil von Fr. 500'000.00 inkl. MwSt., für den Ersatz der Oel/Gas-Heizzentrale durch eine Erdsondenheizung.

Die Gesamtkosten für die Sanierung der Haustechnik liegt bei Fr. 1.277 Mio, die Sanierung der Fassade, die wohl im Antragstitel erwähnt, aber nicht Bestandteil des Antrages ist, wird mit Fr. 1.668 Mio beziffert.

Unter anderem, aufgrund der Vorgaben „Gebäudestandard 2011“ welche im Leistungsauftrag 2013 verankert ist, hat man sich für eine Ersatzinstallation in Form der Erdsondenheizung entschieden. Die Kostendifferenz zur Gas/Oel-Heizung liegt gemäss Angaben der Verantwortlichen bei rund 450'000 CHF.

Ein weiterer Grund, dass die Lösung favorisiert wird, ist der Unterschied der langjährigen Betriebsdauer von 40 bis 50 Jahren gegenüber 20 bis 30 Jahren und die massiven Einsparung des CO2 Ausstosses. Zudem muss nur 1/4 hochwertiger Energie eingekauft werden gegenüber Gas/Oel wo es 100% sind.

Anlässlich der Diskussionen wurden auch diverse andere Optionen und Möglichkeiten gemäss Auskunft der Projektverantwortlichen in Betracht gezogen.

Andere Lösungen sind gescheitert, da das Schulhaus Pünt unter Denkmalschutz steht.

Ausser der Verbindung in den Technikraum im Gebäude, wir bei der Ausführung der Arbeiten der Hartplatz nicht beschädigt. Die Erdsonden werden in der Rasenfläche eingesetzt.

Rein aus Kostengründen ist es schwierig abzuschätzen in welchem Zeitraum die Mehrkosten amortisiert werden könnten, Schätzungen liegen ab ca. 30 Jahren.

Im Fall von einer Ablehnung dieses Antrages wird die bestehende Heizung, durch eine Gasheizung ersetzt. Die Sanierungskosten liegen dann in der Kompetenz der PSU und werden dem Gemeinderat nicht mehr vorgelegt.

In der KBK wurde der Antrag einstimmig angenommen.

Für die Rechnungsprüfungskommission referiert **Walter Meier**.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, Sehr geehrte Ratskolleginnen und Kollegen

Die RPK hat den Antrag 172 am 26. August 2013 beraten. Gerda Brändli (Liegenschaften) stand als Projektleiterin Red und Antwort.

Es wurden folgende Punkte diskutiert:

- *Der Hartplatz, welcher vor ziemlich genau 2 Jahren eingeweiht wurde, wird nur auf einer kleinen Fläche in Mitleidenschaft gezogen.*
- *Die Gegenüberstellung der Gesamtkosten von Erdwärmepumpe und Gasheizung wurde auch in der RPK gezeigt. In den Berechnungen ist die CO₂-Abgabe, welche ab 2014 erhöht wird, nicht enthalten. Zudem handelt es sich bei den Energiepreisen um Annahmen, welche je nach Standpunkt nach oben oder unten korrigiert werden könnten.*
- *Die Wiese wird nach den Erdsondenbohrungen saniert werden müssen. Am Schluss sind auf der Wiese zwei Schächte sichtbar, welche den Zugang zu den Erdsondenbohrungen garantieren. Das AWELL hat die Bewilligung für die Erstellung von Erdsonden bereits erteilt.*
- *Da die Wiese vor 2 Jahren saniert wurde, stellt sich die Frage, ob man nicht schon damals auch die Erdsondenbohrungen hätte ausführen können. Offenbar fehlt eine Planung, welche eine doppelte Sanierung des Rasens innerhalb von 3 Jahren hätte verhindern können. Würden hier Steuergelder verschleudert?*
- *Die Kosten: beim Kredit, den der Gemeinderat bewilligen kann, handelt es sich nur um die Mehrkosten, welche entstehen würden, wenn die Haustechnik Zentrale 1 auf Erdwärmepumpe statt auf Gas umgestellt wird. Falls der Gemeinderat den Kredit ablehnt, wird die Heizzentrale 1 auf Gas umgestellt. Dabei handelt es sich um gebundene Ausgaben.*

Die RPK empfiehlt dem Gemeinderat mit 6 : 2 Stimmen, den Antrag 172 zu genehmigen.

*W. Meier
Gemeinderat*

Matthias Bickel

Sehr geehrte Frau Gemeinderatspräsidentin

Geschätzte Anwesende

Der Grossteil der FDP/JFU-Fraktion wird den Antrag unterstützen - wenn auch mit einem grossen Fragezeichen: Wie kann es sein, dass der frisch angesäte Rasen und ein (kleiner) Teil des Hartbelags bei der vorgesehenen Bohrung von 18 Löchern wieder zerstört wird?! Die Abteilung Liegenschaften sollte dies doch in ihre Planung aufgenommen haben?! Sie hatte doch bereits 2011 einen Studienauftrag zur Bohrung am Laufen und liess die Püntwiese dann doch erst fertigstellen - obwohl diese erst noch im Verzug war, sprich: man hätte vor der möglichen Bohrung doch noch zuwarten können! Ein Mitglied der Fraktion wird den Antrag deshalb nicht unterstützen.

Des Weiteren waren wir erstaunt, dass sich die Erdsonden erst in 30 Jahren oder noch später rechnen sollen. In der Fraktion gehen wir jedoch von weiter steigenden Preisen der fossilen Energieträger wie auch der elektrischen Energie aus und verbrauchsabhängiger Gebühren wie die CO₂-Abgabe werden sicher auch nicht weniger werden, weshalb die Investition in wiedernerneuerbarer Energieträger der richtige Weg ist, zumal dies auch im Sinne des "Energiestadt"-Labels vertretbar ist.

Für die FDP/JFU-Fraktion:

Matthias Bickel, Gemeinderat.

Uster, 2. September 2013.

Walter Meier

Sehr geehrte Präsidentin

Sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen

Wir diskutieren hier nicht darüber, ob die Haustechnik im Schulhaus Pünt saniert werden soll oder nicht. Sie muss. Die Frage ist nur wie.

Da die Stadt Uster „Energienstadt“ sein will, ist für unsere Fraktion die Option Erdsondenheizung dort zwingend, wo sie überhaupt möglich ist.

Ein Wermutstropfen (oder sind es zwei?) bleibt – die Wiese, die bei Baubeginn erst drei Jahre alt sein wird – muss erneut saniert werden. Unsere Fraktion schluckt allerdings diese Kröte lieber als die jährlichen 90 Tonnen CO₂-Ausstoss, welche die alternative Gasheizung verursachen würde.

Walter Meier, GR

Gusti Hofmann

Frau Präsidentin

Geschätzte Anwesende

Wir Grünen setzen uns seit jeher für eine bessere Energieeffizienz ein. Anhand des Schulhauses Pünt ist das auch anschaulich nachvollziehbar.

Der Teil vom Schulhaus, welcher unter Denkmalschutz ist und deshalb die Fassade keine Wärmedämmung erhalten kann, müssen die Heizradiatoren von der Heizzentrale mit 90° Wasser bedient werden. Im Teil mit der wärmegeprägten Fassade reichen 50°. Und bei 50° können alternative Heizsysteme zum Einsatz kommen. In diesem Fall Erdsonden mit einer Wärmepumpe. Eine Optimierung wäre gewesen, zusätzlich noch eine Photovoltaikanlage, welche die Wärmepumpe mit „Gratis-Strom“ beliefert hätte. Das lässt aber die Statik der Dachkonstruktion nicht zu. Da sieht man, dass bei Neubauten das zu berücksichtigen ist.

Diese alternative Heizung ist nicht nur ökologisch sinnvoll, sondern auch wirtschaftlich. Die Lebensdauer der Erdsonden ist um die 50 Jahre. Bereits nach rund 20 bis 30 Jahren ist die Erdsonden-Wärmepumpen-Heizung günstiger als konventionelle Heizungen und zwar bei heutigen Energiepreisen.

Einen zusätzlich positiven Effekt – Wir sind einen Schritt näher beim Goldlabel.

Wir Grünen unterstützen den Antrag für eine Erdsondenheizung beim Schulhaus Pünt.

Gusti Hofmann

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 30 : 1 Stimmen

- 1. Der Baukredit des Wert vermehrenden Anteils von 500'000 Franken inkl. MwSt. für den Ersatz der Oel/Gas-Heizzentrale durch eine Erdsondenheizung auf der städtischen Parzelle Kat. Nr. B6824 wird genehmigt. Diese Kosten sind Bestandteil der Gesamtbaukosten von 1'277'000 Franken inkl. MwSt.**
- 2. Der Stadtrat wird ermächtigt, die erforderlichen Mittel allenfalls auf dem Darlehensweg zu beschaffen.**
- 3. Mitteilung an den Stadtrat bzw. die Primarschulpflege zum Vollzug.**

**8 Antrag des Stadtrates betreffend Gesundheit Betreutes Wohnen
Altersstrategie der Stadt Uster
(Antrag Nr. 174/2013)**

Für die Kommission Soziales und Gesundheit referiert **Julia Amherd**.

Geschätzte Präsidentin, geschätzte Anwesende

Anlässlich der KSG – Sitzungen vom 10. Juni 2013 und vom 19. August 2013 wurde uns die vorliegende Altersstrategie von der Abteilungsvorsteherin Esther Rickenbacher und dem Abteilungsleiter Claude Hunold resp. Anita Bernhard vorgestellt und Fragen dazu beantwortet.

Zur Vorgeschichte

Die nun vorliegende Altersstrategie basiert auf der im April 2012 durchgeführten Alterskonferenz und der darauffolgenden Ergebniskonferenz vom November 2012. Zu den Konferenzen waren Akteurinnen und Akteure aus Politik, Verwaltung, Gesundheit- und Altersarbeit eingeladen. Dementsprechend reich waren die Voten, Vorschläge und Ideen die eingebracht wurden. Die Altersstrategie, welche aus dieser partizipativen Arbeit entstanden ist, wurde von allen KSG-Mitgliedern mit Spannung erwartet. Wie geht es weiter? Welchen Weg wird die Stadt Uster einschlagen um die kommenden Herausforderungen in der Altersarbeit anzugehen?

Und jetzt:

Ein genauerer Augenschein zeigt, dass das Strategiepapier ist in vier Teile gegliedert ist:

In einem ersten Teil werden die demografischen Veränderungen und deren wahrscheinliche Auswirkungen auf den Pflegebedarf dargelegt

Der Teil 2 widmet sich zukünftigen Entwicklungen in den Bereichen Wohnen, Gesundheit und Partizipation.

Ein dritter Teil beinhaltet politische Grundsätze an denen sich die Stadt orientieren will.

Im 4 und letzten Teil schliesslich sind fünf strategische Handlungsfelder mit entsprechenden Massnahmen formuliert.

Der Kommission wurde erklärt, dass die Massnahmennummerierungen einer Priorisierung entsprechen. Terminierungen einzelner Massnahmen sind bereits überholt, was u. a. mit dem Wechsel der Abteilungsleitung Gesundheit zusammenhängt. Ende 2014 sollen erste Ergebnisse vorliegen.

Mit Massnahme 1 will die Stadt die künftige sinnvolle und nötige Angebotsgestaltung im Bereich der Betreuung alter Menschen klären. Dazu soll eine externe Studie in Auftrag gegeben werden. 2014 soll mit der Schaffung einer Anlauf- und Beratungsstelle für das Alter der Informationsfluss über Angebote für die Bewohnerinnen und Bewohner verbessert werden. Auch die notwendige Vernetzung zwischen den Akteuren soll mit dieser Massnahme optimiert werden. Weil die Heime sowie die Spitex ebenfalls städtisch sind und um die Wege kurz zu halten, soll diese intern angesiedelt werden (Massnahme 7).

Im Weiteren soll mit Massnahme 3 mittelfristig eine 7x24 Stundenbetreuung in der Spitex aufgebaut werden. Geprüft wird auch, ob die Spitex und die Heime so genannte Comfortleistungen (Massnahme 4) anbieten sollen.

Massnahmen 10 und 11 betreffen das Pflegepersonal. Weil in ganz Europa ein Fachkräftemangel herrscht, soll überprüft werden, wie das ausgebildete Pflegepersonal besser an die Betriebe gebunden werden kann und was Austrittsgründe sind.

Aufgrund der Strategie werden einzelne Anträge formuliert werden und das Parlament hat dann jeweils Gelegenheit, dazu Stellung zu nehmen.

Vorerst beantragt die KSG dem Gemeinderat einstimmig:

- 1. Von der neuen Altersstrategie der Stadt Uster wird in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen.*
- 2. Der Stadtrat wird beauftragt, die Altersstrategie umzusetzen.*

*Für die Kommission Gesundheit und Soziales
Julia Amherd / 2. September 2013*

Der Stadtrat wünscht nicht das Wort.

Walter Strucken

Geschätzte Gemeinderatspräsidentin, Liebe Gemeinderäte, liebe Besucherinnen und Besucher

Ich freue mich besonders, dass ich heute zum Thema Alter in einem bedeutend besseren Umfeld etwas sagen kann. Unsere bisherigen Anstrengungen um die Stelle eines Altersbeauftragten beim Budget 2009 und 2010 hatte den grossen Nachteil, dass die Fakten, die konkreten Zahlen zu wenig zugänglich waren in der Debatte.

Die Abteilung Gesundheit hat daraus die Konsequenzen gezogen und einen anderen, zwar längeren und - wie wir heute sehen - einen erfolgversprechenderen Weg gewählt. Sie hat eine kompetente Fachkommission ins Leben gerufen und so den weiteren Weg vorbereitet. Das führte zur Alterskonferenz im April 2012, wo das Mittel der Grossgruppenmethode eingesetzt wurde. So konnte es gelingen, dass sämtliche Akteure rund um die Altersarbeit in Uster in einer Veranstaltung das Thema bearbeiten und ihre Meinungen und Bedürfnisse einbringen konnten. Ich habe mich übrigens gefreut, dass aus unserem Rat die Beteiligung sehr hoch war, von der Kommission Soziales und Gesundheit haben gar alle Mitglieder mitgemacht. Praktisch in der gleichen Zusammensetzung konnte ein halbes Jahr später in der Ergebniskonferenz nach der gleichen Methode die aus der Alterskonferenz gezogenen Schlüsse diskutiert und gewichtet werden.

Resultiert hat nun daraus die vorliegende Altersstrategie. Die harten Fakten zur demografischen Entwicklung der älteren Bevölkerung in unserer Stadt sind sehr eindrücklich und zeigen klar, dass es in verschiedenen Feldern Handlungsbedarf besteht. Am meisten hat mich die Entwicklung bei den über 80-jährigen beeindruckt. Bis im Jahr 2030 wird es fast drei Mal so viel über 85-jährige geben wie heute, man stelle sich mal plastisch vor!

Noch vor den Massnahmen kommen neun politische Grundsätze, an denen sich die Stadt Uster in ihrer Alterspolitik orientieren will. Ich finde es ganz wichtig, dass der Gemeinderat die Gelegenheit hat, diese Grundsätze zu verabschieden und damit dem Stadtrat die Richtung aufzuzeigen, wie er die künftige Alterspolitik betreiben muss.

Dann kommen die konkret vorgeschlagenen Massnahmen. Sie sind gut und verständlich beschrieben und ich möchte nur drei der Massnahmen erwähnen, weil sie die wohl wichtigsten sind:

Uster ist ja gemäss Pflegegesetz verpflichtet, für ihre Einwohnerinnen und Einwohner die Pflegeversorgung sicherzustellen. Der geschätzte Bedarf an neuen Pflegeplätzen konnte errechnet werden. Es ist jetzt ganz dringend, herauszufinden, wie der Bedarf realisiert, d.h. was müssen wir

in Uster in den nächsten Jahren neu schaffen, was lässt sich quasi einkaufen. Die nötige kritische Standortbestimmung ist sofort an die Hand zunehmen, damit auch die Massnahme 2 betreffend Sicherstellung der Finanzierung der Angebote und Bedarfsleistungen erfolgen kann.

Auch wenn sie erst als Massnahme 7 aufgeführt ist, gehört sie ganz an den Anfang, nämlich die Schaffung einer Anlauf- und Beratungsstelle Alter. Hier ergeben sich die personellen Ressourcen, damit die Abteilung die Aufgaben anpacken kann und endlich die langgewünschte Anlauf- und Beratungsstelle Alter geschaffen werden kann.

Der politische Grundsatz:

Wir unterstützen den Bau altersgerechten und bezahlbaren Wohnraums

scheint mir ganz wichtig. Er ist eng verbunden mit dem Grundsatz:

Wir ermöglichen ein möglichst langes Leben zuhause

Möglichst lange zuhause wohnen heisst auch, dass man eine zu gross gewordene Wohnung oder Haus verlassen kann, weil eine entsprechende Alternative in Uster hat gefunden werden können. Es braucht dringend mehr hindernisfreie Wohnungen, die auch bezahlbar sind.

Ich denke die vorliegende Altersstrategie ist eine sehr gute Grundlage für den Stadtrat, damit er auch die längerfristigen Massnahmen rechtzeitig an die Hand nehmen kann.

Wir von der SP stimmen dem Antrag 174 begeistert zu und danken für umsichtige Vorarbeit.

Walter Strucken

2.9.2013

Peter Wüthrich

Sehr geehrte Präsidentin, geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen, werte Anwesende

Die neu verfasste Altersstrategie gibt einen guten Einblick:

- in die laufende Bevölkerungsentwicklung,*
- was zu erwarten ist, wenn sich die Entwicklung im gleichen Rahmen bewegt,*
- wo sich die Stadt Uster gefordert sieht, Lösungen zu entwickeln und*
- die nächsten Schritte, um geeignete Lösungen anbieten oder entwickeln zu können.*

Die GLP-/EVP-/CVP-Fraktion schätzt die Qualität des vorliegenden Arbeitsergebnisses und die vorhandene breite Abstützung in den Organisationen, die sich in Uster mit dem Thema Alter bereits seit längerer Zeit auseinandersetzen.

Auf den ersten Blick sind bei uns die aufgeführten Massnahmen als verwaltungslastig angekommen, mit der damit verbundenen Gefahr, dass diese die Verwaltung beschäftigen und zu wenig zur Einführung von griffigen Lösungen beitragen könnten. Wie uns von Seiten der Stadträtin Esther Rickenbacher versichert wurde, ist der aufgeführte Massnahmenkatalog nicht als abschliessend zu betrachten, sondern er wird periodisch den aktuellen Anforderungen angepasst.

Die Massnahme 7 'Schaffung einer Anlauf- und Beratungsstelle Alter' hat dabei besonderes Gewicht. Diese Stelle steht und fällt gemäss unserer Ansicht nach damit, dass diese in der Ustermer Bevölkerung bekannt und als hilfreich anerkannt wird. Es ist uns klar, dass ein solches Resultat nicht von heute auf Morgen erreicht werden kann. Wir denken, dass die Wahl einer Person, die diese hilfreiche Stelle verkörpert, matchentscheidend ist.

Die finanzielle Tragweite, die mit der Umsetzungsfreigabe verbunden ist, war für unsere Fraktion nur unbefriedigend erkennbar. Die Stadträtin Esther Rickenbacher machte uns darauf aufmerksam, dass alle Massnahmen, die durch das aktuelle Globalbudget nicht abgedeckt werden können, dem Gemeinderat im nächsten Globalbudgetprozess zur Bewilligung vorgelegt werden, so dass mit der Umsetzungsfreigabe keine Katze im Sack zu erwarten ist.

In diesem Sinne nimmt die GLP-/EVP-/CVP-Fraktion die neue Altersstrategie zustimmend zur Kenntnis und beauftragt den Stadtrat, die Altersstrategie umzusetzen.

Peter Wüthrich
EVP-Gemeinderat

Hans Keel

Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Anwesende

Die SVP/EDU Fraktion möchte sich für die aufwendige Arbeit für die Ausarbeitung der vorliegenden Altersstrategie bedanken. Die von verschiedenen Fachleuten, Verantwortlichen aus der Praxis und den Politikerinnen und Politikern eingebrachten Meinungen und Argumente sind im Dokument grösstenteils eingeflossen. Alle interessierten konnten an diesem Dokument mitarbeiten und es beeinflussen.

Die Altersstrategie ist eine gute Grundlage, damit in der Zukunft die notwendigen Angebote für die alten Menschen in Uster geplant und umgesetzt werden können. Allerdings bei einer Strategie gilt es für die längerfristig angestrebten Ziele die Verfügbaren Mittel und Ressourcen zu berücksichtigen. Diesem Umstand wird nach unserer Auffassung die Altersstrategie nur teilweise gerecht.

Einzig im Kapitel Demographie und Pflegebedarf sind mit Hochrechnungen den zu erwartenden Pflegebedarf und die daraus resultierenden Kosten aufgeführt.

Die zukünftigen Entwicklungen oder Trends in der Altersarbeit, die als Grundlage für die strategischen Handlungsfelder sind, resultieren 13 Massnahmen mit entsprechenden Zielen. Die Mittel und Ressourcen für die Erreichung dieser Ziele sind nur teilweise definiert. Diese noch zu erarbeitenden Massnahmen werden zu Leistungs- und Wirkungszielen führen. Wir werden uns dann über die Leistungen und deren Kosten zu einem späteren Zeitpunkt unterhalten.

Nach unserer Meinung darf bei den politischen Grundsätzen auch ungeniert auf die Eigenverantwortung der sogenannten „Alten“ hingewiesen werden. Im Leben wird alles geplant, die Ausbildung, die Arbeit, den Verdienst und die Familie. Nur das Alter, so erleb ich es jetzt, möchten viele einfach nicht wahr haben. Wer möchte schon gerne altern und sich vorbereitet auf Zeiten mit Einschränkungen in der Bewegung, mit Krankheiten rechnen oder sogar ein Pflegefall werden?

Alle müssen dazu gebracht werden, dass sie sich rechtzeitig überlegen, was sie sich von diesem Angebot im Alter leisten können und leisten wollen. Denn die Unterstützung bzw. die Übernahme der Kosten durch die Allgemeinheit sollte die Ausnahme bilden. Es stört nicht nur mich, wenn jemand mit seinem Vermögen die Leistungen erkaufen muss und im gleichen Zimmer jemand ist, der alles verjubelt hat und die gleichen Leistungen beziehen kann. In der Phase des Alters sollte oder darf nicht umverteilt werden. Hier gilt, dass jeder das bekommt, was er verdient.

Die Massnahme Nr. 7 die „Schaffung einer Anlauf- und Beratungsstelle Alter“ wurde in der Fraktion ausführlich diskutiert. Die SVP/EDU Fraktion ist der Meinung, dass die zukünftigen Entwicklungen und Trends in der Altersarbeit, eine zentrale kompetente Stelle rechtfertigt.

Die SVP/EDU Fraktion unterstützt den Antrag Nr. 174.

Ich danke Ihnen für ihre Aufmerksamkeit.

Hans Keel, Gemeinderat SVP/EDU-Fraktion

Cla Famos

Unsere Fraktion nimmt den Bericht zur Altersstrategie im Grossen und Ganzen zustimmend zur Kenntnis. Allerdings haben wir auch einige kritische Anmerkungen und wir wenden uns dezidiert gegen die Schaffung eines Altersbeauftragten.

Der Strategiebericht ist in seinem beschreibenden Teil gut und zeigt, dass Uster punkto Altersangebote entgegen allen Unkenrufen von linker Seite sehr gut aufgestellt ist und bei den Pflegeplätzen sogar einen gewissen „Überhang“ hat. Wie zu befürchten war, fordert der Bericht reflexartig eine neue Stelle – den seit Jahren geforderten „Altersbeauftragten“. Das ist völlig unnötig. Pro Senectute, der Besuchsdienst und viele andere Institutionen, aber auch religiöse Institutionen wie die römisch-katholische Pfarrei und die evangelisch-reformierte Kirchgemeinde, aber auch viele andere Anbieter machen einen hervorragenden Job und sollten das auch weiterhin tun können. Einen „Aufseher“, der das zusätzlich noch alles etwas koordiniert, braucht es einfach nicht. Die Massnahmen 7 und 13 sind deshalb zu streichen. Die Stadt soll sich auf ihre Aufgaben konzentrieren und für den Rest die bewährten Institutionen machen lassen. Alles andere führt geradewegs zum Aufbau einer sinnlosen zusätzlichen Bürokratie.

Dazu noch eine kurze Bemerkung zum Argument, der Altersbeauftragte sei gesetzlich vorgeschrieben – immer ein gutes Argument, wenn es sonst keine Gründe für eine neue Stelle gibt: § 7 des Pflegegesetzes verpflichtet die Gemeinden nur, eine Stelle zu bezeichnen, die Auskunft über das Angebot der Leistungserbringer erteilt, die der Pflegeversorgung der Bevölkerung dienen. Das ist schon längst geschehen: Die Heime Uster betreiben schon heute eine ebensolche Beratung.

Wir werden deshalb in der nächsten Budgetdebatte genau hinschauen. Für das GF Betreutes Wohnen hat man für 2013 etwas mehr Mittel bewilligt für die Erstellung dieser Altersstrategie. Das heisst aber nicht, dass daraus eine neue Stelle werden soll. Die Zeiten, als man jedem neuen Trend eine neue Stelle und einen Beauftragten schuf, sollten endgültig vorbei sein. Wohin uns das sonst führt, macht uns in diesen Monaten die Stadt Winterthur vor.

Oder sind wir wirklich der Meinung, es brauche einen Altersbeauftragten, der sich dann um Rentner kümmern muss, „die rüstig sind, eine sinnvolle Aktivität suchen, aber keine finden“ (Seite 26)! Das ist echt an den Haaren herbeigezogen. Es gibt heute schon sehr viele Organisationen, welche rüstigen Rentnern noch so gern sinnvolle Aufgaben vermitteln – ohne dass dafür ein Steuerfranken rollen muss.

Deshalb verweise ich abschliessend mit Nachdruck auf folgenden Grundsatz auf Seite 19 des Berichts, den der Stadtrat bitte in der Umsetzung der Altersstrategie beherzigen soll: „Die Stadt Uster achtet auf einen haushälterischen Umgang mit den öffentlichen Mitteln und unterscheidet Nötiges von Wünschbarem.“

Cla Famos

Uster, 1. September 2013.

Werner Kessler ergreift das Wort und richtet es an Cla Famos. Vor 7 Jahre war der Altersbeauftragte erstmals ein Traktandum. Er ging sich informieren bei den entsprechenden Vereinen wie Pro Senectute. Diese führten ihm gegenüber schon damals aus, dass sie sich eine übergeordnete Stelle wünschen.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 31 : 0 Stimmen

- 1. Von der neuen Altersstrategie der Stadt Uster wird in zustimmendem Sinn Kenntnis genommen.**
- 2. Der Stadtrat wird beauftragt, die Altersstrategie umzusetzen.**
- 3. Mitteilung an den Stadtrat.**

9 Antrag der Primarschulpflege betreffend gebundene Tagesschule Uster (Antrag Nr. 175A/2013)

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass es sich um den Antrag „A“ handelt und nicht um den ersten Antrag 175, der ja kurze Zeit später korrigiert kam (hinterste Seite waren „nur“ der Stadtrat/Stadtschreiber aufgeführt anstelle auch bzw. zuerst die Primarschulpflege Uster.

Für die Kommission Bildung und Kultur referiert **Matthias Bickel**.

Sehr geehrte Frau Gemeinderatspräsidentin

Geschätzte Anwesende

Einleitung

Der vorliegende Antrag wie auch das entsprechende Rahmenkonzept wurde an den Sitzungen des 3. Juni und 19. August 2013 von Vertreterinnen der Primarschulpflege Uster (PSU) erläutert. Die PSU war vertreten durch Sabine Wettstein, Präsidentin PSU, Luzia Nuber, Leiterin Tagesstrukturen und Rosmarie Gartmann, Vizepräsidentin PSU und Projektleiterin.

Ausgangslage

Gemäss einer Bedarfsabklärung bei den Ustermer Eltern stellte die PSU ein klares Bedürfnis nach einer Gebundenen Tagesschule fest, weshalb die PSU das Projekt nun mit dem vorliegenden Antrag an den Gemeinderat gelangt. Das Projekt läge grundsätzlich in der Kompetenz der PSU, doch möchte die PSU die Meinung der Gemeinderats ausloten und eine grundsätzliche Zusage erhalten, um dieses Pilotprojekt zu starten.

Projektplanung

Erweist sich das Pilotprojekt nach Ende der Evaluationsphase von drei Jahren als erfolgreich, wird diese Tagesschule weitergeführt wie auch die Einführung weiterer Tagesschulen geprüft. Für die jetzige Versuchsphase rechnet die PSU mit rund 40, maximal aber mit 80 Kindern. Als Vergleich: Momentan sind 500 Kinder bei den Tagesstrukturen gemeldet.

Die Verhandlungen bezüglich den Schulräumlichkeiten sind noch im Gange. Aufgrund des gedrängten Zeitplans möchte die PSU im Plan jedoch weiterfahren. Wird kein Schulraum gefunden oder fallen die Kosten schlussendlich höher aus als mit dem Antrag genehmigt, wird die PSU wieder auf den Gemeinderat zukommen.

Organisation und Betrieb

Die PSU erklärte, dass die Gebundene Tagesschule als Ergänzung des bestehenden schulischen Angebots von Regelschule und Schulergänzenden Tagesstrukturen zu verstehen sei.

Die PSU betonte, dass die ganztägige, konstante Struktur der Gebundene Tagesschule nicht nur Ruhe und Konstanz in der Schulbetrieb bringe, sondern auch eine einfachere Planung der Kinder und Lehrpersonen gewährleiste. Des Weiteren verspricht man sich vom altersdurchmischten Lernen einen grossen pädagogischen Nutzen, wie die Erfahrung anderer Städte mit Gebundenen Tagesschulen zeigen.

Die PSU rechnet damit, dass der (durch das zusätzliche Angebot der Tagesschulen) frei werdende Platz in den Tagesstrukturen durch die hohe Nachfrage bald wieder wettgemacht sein wird; die Tagesstrukturen verzeichnen eine Zuwachsrate von 20% pro Jahr.

Sollte das Pilotprojekt vorzeitig abgebrochen werden, ist die PSU zuversichtlich, Lösungen zu finden, um die involvierten Kinder anderweitig zu versorgen.

Kosten

Die beantragten einmaligen Kosten von CHF 50'000 werden für die Instandstellung der benötigten Turnhalle verwendet. Die wiederkehrenden Kosten werden mit CHF 106'000 veranschlagt.

Ausser für die Weiterbildung der Lehrkräfte (altersdurchmisches Lernen) und für die zusätzliche Schulleitung fallen keine zusätzlichen Personalkosten an, da die Lehrkräfte aus dem Pool der bewilligten Vollzeitstellen rekrutiert werden. Die Personalkosten könnten sogar tiefer anfallen, da in der Tagesschule stabile Gruppen vorgesehen sind und deshalb für mehr als elf Kinder nur eine Betreuungsperson geplant sei.

Die Elternbeiträge an die Tagesschule sind gleich hoch wie jene der Tagesstrukturen.

Fazit

Das Pilotprojekt macht für die Mehrheit der Sachkommission Sinn und die Vorbereitungen scheinen auf gutem Weg zu sein, weshalb die Sachkommission dem Antrag mit 6:2 guthiess.

Für die KBK:

Matthias Bickel, Gemeinderat.

Für die Rechnungsprüfungskommission referiert **Gusti Hofmann**.

Frau Präsidentin

Geschätzte Anwesende

Die RPK hat den Antrag am 26. August behandelt.

Es ist ein Pilotprojekt über 5 Jahre. Im gleichen Gebäude ist die Primarschule schon eingemietet für die Tagesstrukturen. Für die Tagesschule müssen zusätzliche Räume dazugemietet werden. Die Verhandlungen dazu laufen noch. Es ist mit jährlichen Kosten von Fr. 106'000.— zu rechnen. Diese setzen sich zusammen aus einer 10% Schulleiterstelle und Mietkosten. Bei Inbetriebnahme sind einmalig Fr. 50'000.— in die Turnhalle zu investieren um sie den aktuellen Vorschriften anzupassen.

Die Primarschule hätte die Gelder in eigener Kompetenz beschliessen können. Sie legt diesen Antrag dem Gemeinderat vor um das Risiko zu minimieren, dass dieser Betrag aus dem kommenden Globalbudget gestrichen wird.

Die RPK hat den Antrag mit 6 : 2 angenommen.

Matthias Bickel

Sehr geehrte Frau Gemeinderatspräsidentin

Geschätzte Anwesende

Die FDP/JFU-Fraktion findet das Projekt eine gute Sache und unterstützt den Antrag aus den eben dargelegten Argumenten durch die KBK.

Der Pilotversuch soll das ausgemachte Bedürfnis der Ustermer Eltern bestätigen wie auch erste Erfahrungen liefern und in den regulären Betrieb in drei Jahren einfließen - sofern die Gebundene Tagesschule dann eingeführt wird.

Wertvoll findet die Fraktion auch das Prinzip des altersdurchmischten Lernens, welches das eigenständige Lernen fördert, also das mit- und voneinander Lernen - wie verschiedene Studien und auch die Praxis zeigen.

Wichtig finden wir auch, dass die Gebundene Tagesschule als Ergänzung und nicht als Konkurrenz zum bestehenden schulischen Angebot von Regelschule und Schulergänzenden Tagesstrukturen verstanden wird, was somit auch ein Plus für das Standortmarketing der Stadt Uster darstellt.

Für die FDP/JFU-Fraktion:

Matthias Bickel, Gemeinderat.

Uster, 2. September 2013.

Claudia Wyssen

SP-Fraktion zum Antrag 175A Eröffnung einer gebundenen Tagesschule

Bereits im Dezember 2005 fragten die damaligen SP-Gemeinderätinnen Barbara Thalmann und Regula Trüeb den Stadtrat an, ob er sich schon Gedanken zur Einführung einer Tagesschule gemacht hat. Die damalige Antwort war, dass eine Tagesschule zu einem späteren Zeitpunkt geprüft werden soll.

Zu unserer grossen Freude ist es nun – acht Jahre später – soweit. Die Primarschule schlägt uns ein Pilotprojekt mit einer gebundenen Tagesschule vor. Der Bedarf scheint vorhanden zu sein und die vielen Vorzüge liegen auf der Hand.

Für Kinder ist Konstanz etwas vom Wichtigsten. Und diese kann in einer Tagesschule gewährleistet werden. Durch konstante Klassen, durch konstante Betreuungspersonen und motivierte Lehrpersonen. Auch freuen wir uns, dass altersdurchmisches Lernen hier praktiziert werden kann. Die Schüler werden alle oder den Grossteil der Hausaufgaben gemacht haben, wenn sie nach Hause kommen, was die Eltern sehr entlasten wird.

Erwerbstätigkeit der Mütter ist immer wieder ein Thema in der Politik. Ich bitte hier einfach die Kritiker der Tagesschulen zu bedenken, dass die Scheidungsrate in der Schweiz bei nahezu 50% liegt. Viele Mütter müssen folglich einer Erwerbstätigkeit nachgehen – ob sie wollen oder nicht! Zudem ist das neue Scheidungsrecht auf eine Erwerbstätigkeit der Mütter ausgerichtet.

Da hilft eine Tagesschule merklich. Und zwar allen!

Die Infrastruktur des VKZ-Gebäudes ist gerade prädestiniert für diese Tagesschule und wir sind froh, dass hier die notwendigen Investitionen sinnvoll getätigt werden können.

Die SP-Uster freut sich über den vorliegenden Antrag und unterstützt ihn selbstverständlich!

Claudia Wyssen, SP-Fraktion

Walter Meier

Sehr geehrte Präsidentin

Sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen

Braucht Uster eine Tagesschule? Offenbar besteht zumindest ein Bedürfnis – sagt die Umfrage. Mit der im Antrag vorgestellten Lösung, könnte ein Pilotbetrieb lanciert – und wenn die Anmeldungen dann auch eingehen – gestartet werden. Dieses Vorgehen scheint uns sinnvoll. Zudem ist das Altersdurchmischte Lernen ein pädagogisches Konzept, welches wieder entdeckt werden darf.

Die Kosten sind an sich bescheiden - es braucht zusätzliche 10-Stellen-% einer Schulleiterin/eines Schulleiters. Die Mietkosten würden vermutlich in nicht allzu ferner Zukunft in Form von nicht nötigen Schul-Pavillons kompensiert werden.

Trotzdem: Nicht wirklich Freude haben wir am vermuteten Mehrverkehr. Wir gehen davon aus, dass eine ganze Anzahl Mütter ihre Kinder mit dem Auto zur Schule bringen und sie wieder abholen werden.

Die GLP / EVP / CVP-Fraktion unterstützt den Antrag.

Walter Meier, GR

Anita Borer

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Gemeinderäte und anwesende Mitglieder der Primarschulpflege, Geschätzte Damen und Herren

Ich bin freiheitlich eingestellt und bin der Meinung, dass es Sache der Eltern ist, zu entscheiden, wie sie ihre Kinder erziehen möchten. Auch wenn ich es persönlich schade finde, wenn Eltern ihre Kinder die ganze Woche fremdbetreuen lassen, ist es dennoch ihre persönliche Entscheidung. Nicht mehr nur eine persönliche Entscheidung ist es aber, wenn der Staat die Fremdbetreuungsmassnahmen zahlen muss.

Die Primarschulpflege argumentiert, dass es zwingend neue Betreuungsangebote benötige und die gebundene Tagesschule, wie sie uns im vorliegenden Antrag angepriesen wird, nötig sei.

Die SVP-/EDU-Fraktion bezweifelt aber, dass das Bedürfnis für die gebundene Tagesschule, so wie sie uns vorliegt, tatsächlich ausgewiesen ist.

Der Rücklauf der Umfrage bei den Eltern ist verhältnismässig gering. 3000 Familien wurden befragt. Der Rücklauf betrug 40 Prozent. Von diesen 40 Prozent waren 57 Prozent der Ansicht, dass es diese Tagesschule braucht. Unter dem Strich haben sich von den 3000 Familien also lediglich 684 Familien für die Tagesschule ausgesprochen.

Auch ist fraglich, ob den Eltern die Bedingungen der Tagesschule beim Ausfüllen der Umfrage bewusst waren. Die gebundene Tagesschule würde nämlich bedeuten, dass Eltern ihre Kinder zu den vorgegebenen Zeiten abgeben müssen. Das sind obligatorisch 4 Tage pro Woche von 08.10 bis 15.20 bzw. 16.05 Uhr. Die Eltern hätten also keine Möglichkeiten mehr, den Umfang des Betreuungsangebotes auszuwählen, wie das heute in den Schulen mit den Tagesstrukturen möglich ist.

Weiter würde der Unterricht altersdurchmischt stattfinden. Es leuchtet ein, dass dies in der Tagesschule nicht anders möglich ist, aber war es den an der Umfrage teilnehmenden Eltern tatsächlich bewusst?

Man darf nicht vergessen, dass die Bevölkerung des Kantons Zürich im vergangenen November der Grundstufe eine klare Absage erteilt hat. Also nein zu einem Konzept gesagt hat, das auf altersdurchmischem Unterricht beruhte.

Die gebundene Tagesschule kostet einmalig CHF 50'000.-. Dazu kommen jährliche Folgekosten von CHF 106'000.-. Ganz ehrlich meine Damen und Herren: ich möchte nicht, dass dieses Geld in ein unsicheres Projekt gesteckt wird, das der Schulbildung der Schülerinnen und Schüler direkt nichts bringt. Die Schule hat sich in erster Linie für die Bildung der Kinder einzusetzen und ist kein Sozialdienstleister.

Die geplanten Investitions- und Betriebskosten der Primarschule sind hoch, steigen jedes Jahr an und werden mit wachsender Bevölkerung nicht sinken. Deshalb stellt sich die Frage, ob wir uns eine Luxuslösung wie eine Tagesschule leisten können. Man muss bedenken, dass es auch noch andere Bereiche in unserem Staatshaushalt gibt, die Geld beanspruchen.

Staatliche Betreuungsangebote sind für wirklich Bedürftige da. Die Steuerzahler von Uster sollen nicht für die Betreuung von Kindern aufkommen müssen, die nicht zwingend auf staatliche Unterstützung angewiesen sind. Es gibt nämlich auch noch private Angebote im Betreuungsbereich, die es immer schwieriger haben, nebst den wachsenden staatlichen Angeboten zu bestehen.

Im Namen der SVP-/EDU-Fraktion bitte ich Sie, den Antrag abzulehnen.

Wolfgang Harder ergreift das Wort. Er ist selber Familienvater und nutzt es hiermit, sowohl die Argumente der PSU als auch die Meinung des Gemeinderates zu hören. Zum Verkehr führt er aus, dass es sich am fraglichen Standort um eine kritische Kreuzung handelt und es schon einige schwerverletzte Kinder gab, keiner weiss warum. Wenn man nun ja zum Konzept sagt, wie wird dies bei der Schulraumstrategie berücksichtigt? Für ihn entsteht ein neues Schulhaus. Er teilt die verfügbaren Plätze zu? Wer bestimmt, welche Kinder da hinkommen dürfen? Wer darf den Standortvorteil nutzen? Zu den Bedarfszahlen: Man soll die Meinung der Schweigenden nicht überhören! Die Umfrageergebnisse sind nicht so positiv wie hier dargestellt wird. Zum Mietvertrag: Dieser ist sehr fraglich und wenig konkret. Eine Zustimmung zur Tagesschule: Bedeutet das eine Änderung im Bezug auf das zu bauende Krämeracker? Und nicht zuletzt: Kinder, die nicht gut sind in der Schule oder gemobbt werden, können zu keiner Zeit raus aus der Struktur. Was auch stossend ist: Ein Pilot, der fünf Jahre dauert. Wenn es dann abgelehnt wird, wird damit ein ganzer Klassenzug unterbrochen. Contre coeur wird Wolfgang Harder aber ja stimmen.

Gusti Hofmann

Frau Präsidentin

Geschätzte Anwesende

Die Zeiten ändern sich, vieles ist im Umbruch, auch die Primarschule muss sich dem sich ändernden Umfeld anpassen.

Mit der geplanten Tagesschule wird das Angebot, dass die Primarschule anbietet, erweitert. Wenn alles klappt mit der Zumietung von Räumen kann die Tagesschule im selben Gebäude durchgeführt werden, in welchem schon die Tagesstrukturen sind. Es werden altersdurchmischte Klassen gebildet, d.h. 1.,/2. und 3. Klässler sind zusammen, ebenso 4.,/5. und 6. Klässler.

Finanziell ist alles im Rahmen. Die jährlichen Kosten von Fr. 106'000.--beinhalten eine 10% Schulleiterstelle und die Miete der Schulräume. Die zusätzlichen Schulzimmer sind auch eine kleine Entspannung für die Schulraumplanung, solange das Krämeracker-Schulhaus nicht gebaut ist. Mit den einmaligen Kosten von Fr. 50'000.—muss die im Gebäude integrierte Turn-halle saniert werden, d.h. den aktuellen Vorschriften angepasst werden.

Wir Grünen unterstützen den Antrag für eine Tagesschule.

Gusti Hofmann

Ursula Räuftlin ergreift das Wort und antwortet auf das Referat von Anita Borer. Es wurden anlässlich der Umfrage der Schule rund 600 Familien mit 1'000 Kindern befragt. Eltern, denen die Sache mit der Tagesschule nicht bewusst ist, haben vermutlich den Fragebogen nicht ausgefüllt. Auch im „normalen“ Schulalltag hat ein Mittelstufenschüler an 4 Nachmittagen Schule, dazu kommen Freifächer usw. Die Tagesschule verläuft vom finanziellen Aspekt her wie die Tagesstrukturen. Die positiven Rückläufe der Eltern, ohne die Oberstufe zu berücksichtigen, belaufen sich auf 45 %. Nur schon die Zustimmung im Hasenbühl-Quartier beträgt 61 %! Das bedeutet, dieser Standort ist der richtige Ort. Interessierte Eltern sind oftmals Doppelverdiener, d.h. dass die Schule durch die Elternbeiträge gedeckt werden kann.

Sabine Wettstein führt aus, dass das Thema Verkehr angeschaut werden muss wenn es konkret wird, keine Frage. Zur Schulraumplanung: Zum Vergleich mit den Städten Zürich und Winterthur, diese haben genügend Platz, die PS Uster nicht. Der Pilot ist deshalb so lange anberaumt, weil es

ein grosser Schritt für uns bedeutet, eine derart grosse Schuleinheit ins Leben zu rufen und man kann Erfahrungen sammeln. Wenn es gut läuft, wird man es analog Zürich handhaben. Zur Auswahl der Kinder: Es wird den Eltern bekanntgegeben, wie die Bedingungen aussehen, bevor die konkreten Anmeldungen seitens der Eltern starten. Die Umfrage war professionell. Effektive Rückmeldungen kamen zu einem grossen Teil von hoch qualifizierten Doppelverdienern. Dieses Angebot wird von den Eltern auch immer wieder angefragt.

Keine weiteren Wortmeldungen mehr erwünscht.

Abstimmung:

Der Gemeinderat beschliesst

mit 20 : 11 Stimmen

- 1. Für die Eröffnung einer gebundene Tagesschule wird ab Schuljahr 2014/2015 ein einmaliger Kredit von 50'000 Franken genehmigt.**
- 2. Für den Betrieb der Tagesschule wird ein jährlich wiederkehrender Kredit von 106'000 Franken genehmigt.**
- 3. Mitteilung an den Stadtrat und die Primarschulpflege.**

10 Antrag des Stadtrates betreffend Püntareal, Umgestaltung Aussenanlagen – Gesamtprojekt - Genehmigung der Bauabrechnung (Antrag Nr. 151/2012)

Dieses Geschäft wird aufgrund der fortgeschrittenen Zeit auf die Sitzung vom 23. September 2013 verschoben.

11 Antrag der Sekundarschulpflege betreffend Genehmigung Abrechnung des Kredites von CHF 4'107'529.97 (inkl. MwSt.) für den Bau einer Einfachturnhalle der Schulanlage Freiestrasse, Uster (Antrag Nr. 162A/2013)

Dieses Geschäft wird aufgrund der fortgeschrittenen Zeit auf die Sitzung vom 23. September 2013 verschoben.

Die nächste Sitzung des Gemeinderates findet am 23. September 2013 statt.

Schluss der Sitzung 21.30 Uhr

Für das Protokoll Die Parlamentssekretärin
Catherine Wenzel

Die Richtigkeit und Vollständigkeit
des Protokolls bezeugen

Datum Die Präsidentin
Gabriela Seiler

Datum Die Stimmenzähler
Marianne Siegrist

Claudia Wyssen

Bruno Modolo